

Grundfragen der Christlichen Demokratie

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 6/2006

Karl Lamers

Nation – Europa – Zukunft

Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2006

ISBN 3-939826-09-X

Ansprechpartner: Dr. Michael Borchard
Leiter Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49 30 2 69 96-35 50
E-Mail: michael.borchard@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

Zum Geleit

Nation – Europa – Zukunft, das sind die zentralen Termini, mit denen sich Karl Lamers im Text auseinandersetzt. Der inhaltliche Rahmen ist weit gespannt. Der Autor ist sich dessen bewußt und spricht von einem „gedanklichen Abenteuer“ über Globalisierung und Identität, über Vergangenheit und Zukunft und nicht zuletzt auch über die Gegenwart. Lamers lenkt den Blick in die Zukunft, wenn er Fragen über die Zusammenhänge zwischen nationaler und europäischer Identität stellt, denen er sich aus verschiedenen Perspektiven, unter Zuhilfenahme historischer und aktueller Ereignisse nähert, ohne abschließende Antworten geben zu wollen. Vielmehr ist ihm daran gelegen, Tendenzen für künftige Entwicklungen auszumachen.

Einen besonderen Stellenwert mißt Lamers der Diskussion um die deutsche und die europäische Identität bei und gibt sie aus der deutschen Sicht wie auch aus dem Blickwinkel des Auslands wieder. Dabei profitiert der Leser von Karl Lamers' besonderem außenpolitischen Sachverstand. Acht Jahre war er außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Frage nach dem nationalen Selbstverständnis sei, so Lamers, gerade für uns Deutsche nicht einfach zu beantworten; zu tief lasteten Schuld und Verantwortung für die Geschehnisse in zwölf Jahren Nationalsozialismus. Die gerade hinter uns liegende Zeit eines fröhlichen und unbeschwerten Patriotismus während der Fußballweltmeisterschaft 2006 zeige aber das tiefe Bedürfnis der Bevölkerung nach Identität und Zugehörigkeit. „Normalität“ und nicht Verdrängung im deutschen Sonderweg ist für Lamers grundlegend für die innere Stabilität Europas.

Die Frage, an welcher Stelle sich Deutschland innerhalb des Staatengefüges der Europäischen Union befindet, beantwortet Lamers klar und unmißverständlich: „Ruhige Mitte Europas zu werden, lautet der Anspruch an uns, Chance für uns und Erwartung unserer Nachbarn – doch bereits auch ein Stück Wirklichkeit!“

In Hinblick auf eine europäische Identität wünscht sich Lamers eine gemeinsame Zukunft in der Europäischen Union, die sich an einem historisch gewachsenen Grund- und Wertekonsens ihrer Bürger ausrichtet. Den Weg dahin beschreibt er als steinig. Der Autor hebt die Anforderungen hervor, denen die Europäische Union ausgesetzt ist: Als eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt sei sie einerseits eine Triebfeder der Globalisierung, andererseits sei festzustellen, daß die Folgen der Globalisierung der Grund von Auseinandersetzungen innerhalb der Union sind. Lamers führt aus, daß es die Ängste vor der Globalisierung sind, die dem europäischen Wir-Gefühl schaden, daß sie aber zugleich auch Antriebskraft für neue Entwicklungen sein können. Die europäische Staatengemeinschaft ist für ihn ein zukunftsweisendes Modell, auch für andere Nationalstaaten und Kontinente.

Karl Lamers begleitet mit seinen an christlichen Grundwerten ausgerichteten Gedanken über die Zukunft Europas die aktuelle Diskussion in der CDU um ein neues Grundsatzprogramm. Für ihn ist der Weg in die Zukunft, durch die „Vision einer besseren Welt“ geleitet, die sich in den Grundwerten von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit wieder stückweise mehr öffnet.

Zum Autor

Karl Lamers, Jahrgang 1935, ehemaliger außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, war Mitglied des Europäischen Parlaments und Vizepräsident der Europäischen Volkspartei (EVP).

Nation – Europa – Zukunft

Karl Lamers

Die Deutschen und ihre Identität, ihr Verhältnis zu ihrem Land – eine unendliche Geschichte! Immer wieder aufflammende, leidenschaftliche Debatten, seit Napoleon erstmals den nationalen Geist der Deutschen geweckt hatte.

Nach 1945 sind die Auseinandersetzungen sehr stark auf die Vergangenheit von 1933 bis 1945 fixiert. Oft waren sie quälend. Darin war die deutsche Debatte in Europa einzigartig. Sonst aber tun sich auch andere Völker schwer mit sich selbst, manche seit eh und je, wie Italiener und Russen. Die zwei Spanien streiten wieder verbissen über die Franco-Ära und die Zweite Republik. Seit neuerem scheinen selbst die bislang sehr sicher in sich selbst ruhenden Franzosen und Niederländer von Selbstzweifeln geplagt. Auslösendes Element hier ist die Globalisierung, einschließlich Europa als Teil dieser entgrenzten Wirklichkeit mit all ihren wirtschaftlich-sozialen Folgen nicht nur, sondern solchen auch für das Bewußtsein der Menschen von sich selbst als Teil einer nationalen Gemeinschaft, für ihr nationales Selbstverständnis.

Das Entgrenzungsphänomen scheint auch in Deutschland den Schwerpunkt der Identitätsdebatten zu verschieben; sie drehen sich jetzt mehr um die Herausforderungen der Gegenwart und die Sorgen um die Zukunft des Landes. Um diesen zu begegnen, fordert die Politik mehr Patriotismus, doch ihr Beitrag erschöpft sich bislang in Appellen und Bekenntnissen; ihr konkretes Tun ist nicht geeignet, das Geforderte zu befördern.

Nationales Selbstverständnis kann man verstehen als Ergebnis einer dreifachen Erfahrung: der tradierten, interpretierten Erfahrung des Ver-



gangenen, der des real Gegenwärtigen und der imaginierten Erfahrung des Zukünftigen. Dabei ist offenkundig, daß die Gegenwart den Blick auf die Vergangenheit ebenso bestimmt, wie Zukunftshoffnungen und –ängste. Wir haben nur eine solche perspektivische Wahrheit.

Diese wenigen Sätze verdeutlichen schon hinlänglich, welch ein Abenteuer es ist, sich dieses Themas auf wenigen Seiten anzunehmen. Nur Annäherungen zu einigen Aspekten eines unendlichen Themas seien unternommen: Sie erfolgen aus der Sicht eines Autors, der in seiner politischen Tätigkeit hat lernen wollen und müssen, die Welt und uns selbst, die Deutschen und ihr Land, mit den Augen der anderen, vor allem unserer Nachbarn, zu sehen. Diese Fähigkeit ist nicht eben stark ausgeprägt, in Deutschland ebenso wenig wie anderswo. Ich behaupte nicht, sie im notwendigen Maße zu besitzen, aber vielleicht genug, um der dem Thema innewohnenden Gefahr, nur um sich selbst zu kreisen, entgehen zu können.

Eine Unterscheidung muß notwendig zuvor festgestellt werden: Die Auseinandersetzungen über nationale Identität, über das nationale Selbstverständnis, sind solche des intellektuellen und politischen Raums – wie auch anders? Die überwältigende Mehrheit der Bürger artikuliert sich nur indirekt, versteht gewiß manche Beiträge nicht einmal, verfügt aber dennoch über ein solches Selbstverständnis, das übrigens ausgewogener oder, wenn man so will, normaler zu sein scheint, als es die intellektuellen Debatten vermuten lassen.

Die Begeisterung bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 läßt dieses Urteil zu. Man darf sie nicht überbewerten, denn zweifelsfrei war auch viel Selbstbezogenheit dabei, also Feiern des Feierns wegen. Dennoch war sie auch Ausdruck des Bedürfnisses und der Fähigkeit, sich mit dem eigenen Land zu identifizieren, und die Art und Weise, wie dies geschah, war gut, war frei von Aggressivität und Überheblichkeit. Die Deut-



schen waren, zur allgemeinen Überraschung, locker und gastfreundlich und gar nicht „miesepetrig“ oder depressiv, wie die Deutschen im politischen Raum zuvor hatten vermuten lassen. Ob diese Stimmung anhält, wird wesentlich davon abhängen, ob die Politik sie aufzugreifen vermag und als Stimulanz nutzt, um die notwendigen tiefgreifenden Reformen zu verwirklichen, von denen alle wissen, wie unerlässlich sie sind, um die Zukunft des Landes zu sichern, und deren Erfolg oder Mißerfolg das Bild der Bürger von ihrem Land entscheidend prägen werden. Zu hoffen ist ferner, daß die Erfahrung mit diesem neuen Patriotismus der Deutschen die politisch-intellektuellen Debatten beeinflussen wird – nicht in dem Sinne, daß nun alle Probleme aus Vergangenheit und Gegenwart, die wir mit uns selbst haben, wie weggeblasen sein sollten. Aber vielleicht können sie in Zukunft – natürlich unverändert ernst – weniger verkrampft geführt werden, weil die Sorge vor dem Ausbruch eines wilden deutschen Nationalismus sehr viel unbegründeter erscheint als angenommen.

Das Ideal: Ruhige Mitte Europas

Nicht nur der Zeit- und Generationenablauf, sondern auch die Herausforderungen der Gegenwart erklären das Bedürfnis nach deutscher „Normalität“, worin sich die Identitätsdebatte seit einiger Zeit vornehmlich artikuliert. Doch was heißt Normalität bei einer anormalen Geschichte? Wer setzt die Norm? Die anderen? Welche anderen? Normalität meint auch innere, vielleicht besser, seelische Ausgeglichenheit. In diesem Sinne ist Normalität gewiß eine erstrebenswerte Eigenschaft, auf die auch unsere europäischen Nachbarn hoffen, weil sie sie in der Vergangenheit bei den Deutschen nur allzu oft schmerzlich vermißt haben; sie ist aber die Grundlage von Verlässlichkeit und Berechenbarkeit und wegen der Bedeutung Deutschlands für die innere Stabilität Europas unerlässlich. Deutschland als ruhige Mitte Europas, das sollte unser



Ziel, ja, unser Ideal sein. Die Europäer erwarten von uns auch keineswegs, wie manche bei uns immer noch zu vermuten scheinen, daß die Deutschen in Sack und Asche und mit gebeugtem Rücken gehen, sondern nur, daß sie die Geschichte und die Lehren, die sie aus ihr gezogen haben, nicht vergessen.

Normalität also als seelische Gesundheit ist nur möglich, wenn man zu seiner Geschichte steht, in allen ihren Teilen. Denn „wer sich von der Geschichte abschneidet, stürzt ins Nichts“, wußte Leszek Kolakowski. Diese Gefahr hat in Deutschland zwei Gesichter. Das eine ist die Fixierung auf die zwölf Jahre des Nationalsozialismus. Sie schneidet ebenso von der Geschichte ab, wie der Versuch, diese Zeit zu umgehen. Nur die ganze Geschichte hilft, die Gegenwart zu verstehen, und je tiefer die Erinnerung reicht, um so mehr weitet sich der Blick auf die Zukunft.

Die andere Gefahr, die Versuchung, vor dieser Wahrheit zu flüchten, ist groß, denn, frei nach Nietzsche, mein Gedächtnis sagt mir: Du hast es getan – mein Stolz: Das kann nicht sein – schließlich gibt das Gedächtnis nach. Erträglich wird die Last, weil von den heute Lebenden kaum noch einer individuelle Verantwortung trägt, und die kollektive eher den Charakter der Haftung hat. Dieser allerdings können wir nicht entgehen, ebenso, wie wir ja auch die Früchte der Erfolge und Leistungen vergangener Generationen genießen. Im Übrigen: Wenn wir uns nicht selbst erinnern, so werden wir immer wieder von oft ganz unvorhergesehenen Ereignissen erinnert.

Solche Normalität im Sinne von seelischer Ausgeglichenheit gibt es nicht durch Verdrängen. Das lehrt uns nicht nur die eigene Geschichte, etwa die Folgen des Verdrängens der Niederlage von 1918: „im Felde unbesiegt“ – „Novemberverbrecher“ – „Dolchstoß in den Rücken“; auch die Nachkriegsgeschichte des politisch-kulturellen Klimas bei manchen unserer Nachbarn, die von Deutschland demütigend besiegt und besetzt waren, macht klar, welche – milde gesagt – Komplikationen

sich aus dem Leugnen des eigenen Versagens und der eigenen Schuld ergeben können.

Über vier Jahrzehnte war das kulturell-politische Leben Frankreichs vom Mythos der Résistance und davon geprägt, daß nur die Verräter des Vichy-Regimes sich an der Verfolgung und Vernichtung französischer Juden beteiligt hätten. Gewiß, die Résistance gab es, und Frankreich kann stolz auf sie sein, aber es waren bei weitem nicht alle, die ihr Leben riskierten, so daß man sagen könnte, Frankreich in seiner Gänze habe Widerstand geleistet. Erst Jacques Chirac brachte den Mut auf, deutlich zu erklären, und es gegen den Widerstand aus den eigenen Reihen zu wiederholen, daß sich Frankreich, und nicht nur einige Quislinge des Vichy-Regimes, an der Verfolgung und Vernichtung „französischer Bürger jüdischen Glaubens“ mitschuldig gemacht habe. Mag man ansonsten von diesem Präsidenten halten, was man will, mit diesem Bekenntnis hat er seinem Land einen großen Dienst erwiesen, den nämlich, „in der Wahrheit zu leben“, nach einem Wort Václav Havels.

Ist es überhaupt erlaubt, ist es möglich, die deutschen Verbrechen zu vergleichen etwa mit denen Stalins? Sind sie nicht einzigartig, und laufen Vergleich und Historisierung nicht auf eine Relativierung hinaus? Dieser sehr deutsche Standpunkt verkennt das Offensichtliche: wenn ich sage, etwas sei einzigartig, so habe ich es bereits verglichen, sonst könnte ich nicht zu diesem Urteil kommen. Und erst Historisierung, also Einordnung in die Geschichte, erlaubt ein Urteil, auch etwa das vom Herausfallen der Nazi-Barbarei aus der Geschichte. Zum jetzigen Zeitpunkt aller Betrachtungen der nationalsozialistischen Verbrechen und des Phänomens Adolf Hitler bleibt ein rational nicht erklärbarer Rest, ein erschreckendes Geheimnis.

Wenn wir Deutsche schließlich vielleicht etwas besser als andere Völker verstanden und uns in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt ha-



ben, zu welch unvorstellbaren Taten wir fähig waren, zu was Menschen fähig sind, dann liegt darin die Hoffnung auf einen Schutz für die Zukunft.

Vergleichen darf nicht relativieren heißen. Die Verbrechen anderer nehmen nichts von meiner Schuld. Und ihre Aufgabe ist es, sich mit ihrer Schuld auseinanderzusetzen. Seit einigen Jahren wird diese Debatte durch die Erinnerung an die Leiden, die die Deutschen selbst erfahren haben, belebt. Besonders geht es dabei um die Flächenbombardierungen der Alliierten und die Vertreibung von zwölf bis vierzehn Millionen Deutschen aus ihrer Heimat. Unübersehbar waren die Deutschen auch Opfer und nicht nur Täter. Natürlich waren die Bombardierungen und die Vertreibungen Verbrechen – nicht nur nach heutigem Verständnis. Doch, wie Clausewitz sagt: „Der Krieg neigt zum Äußersten.“ Und diesen letzten Krieg hatte Deutschland vom Zaun gebrochen. Wer den „totalen Krieg“ fordert, der bekommt ihn dann auch als Antwort. Und wer ihn verliert, muß den Preis zahlen. Die Deutschen wurden Opfer, weil sie Täter waren. Und, wäre ein Sieg etwa erstrebenswerter gewesen?

Wenn das geplante Zentrum gegen Vertreibung diese Ursachenkette ebenso unmißverständlich verdeutlicht, wie den europäischen Zusammenhang aller Vertreibungen darstellt, dann wird es die deutsche Schuld nicht nur nicht relativieren, sondern zu einem tieferen Verständnis der deutschen und der europäischen Geschichte beitragen. Die Vertriebenen selbst könnte es endgültig versöhnen mit ihrem Schicksal, das von ihnen mit dem Verlust der Heimat bezahlt wurde, der schwerer wiegt als materieller Verlust, und den sie nach der deutschen und europäischen Wiedervereinigung nun auch in formeller Hinsicht als definitiv anerkennen müssen, weil die friedensvertragliche Regelung, auf die sie immer wieder verwiesen wurden, sich hinsichtlich ihrer Belange als Schimäre erwiesen hat. Auch der eigenen Opfer zu gedenken, ist eine Voraussetzung für seelische Gesundheit.

Wenn dies gelingt, wenn also die Vertreibung in die Geschichte, und zwar in die ganze Geschichte, eingeordnet wird, würde dieses Projekt allen Deutschen ein zentrales Element ihrer Geschichte erhellen: Deutschland ist vom Westen her geworden, in einer Jahrhunderte währenden Bewegung nach Osten, in einem militärischen, politischen und vor allem zivilisatorischen Prozeß. In der ersten Etappe spielten nur die ehemals römischen Provinzen *Germania superior* und *Germania inferior*, als Teile des nachmaligen Deutschland im Merowinger- und Karolingerreich zusammengeschlossen, mit dem römischen Gallien als Teile des nachmaligen Frankreich, eine Rolle. Der Sieg des Arminius über die römischen Legionen des Varus hat diese Konstellation geschaffen und unglückseligerweise damit große Teile des späteren Deutschland vier Jahrhunderte Zivilisation gekostet.

Die Herauslösung der östlichen Teile aus diesem gemeinsamen Herrschaftsverbund initiierte diesen Prozeß, in dem Deutschland wurde, obwohl der Westen gleichzeitig, Italien vor allem, und später Frankreich, nicht nur Gegenstand politischer Ambitionen, sondern vor allem Quell zivilisatorischer und geistiger Inspiration blieb. Der „Drang nach Osten“, wie man dieses Vordringen der Deutschen später genannt hat, hat nicht nur Deutschland, sondern auch die allmähliche Entwicklung Europas bestimmt und erklärt bis heute gewisse Ungleichzeitigkeiten auf unserem Kontinent.

Dieser Prozeß verlief natürlich nicht immer friedlich; aber ihn aus der Perspektive der hitlerischen Wahnsinnspläne durchgehend negativ zu sehen, ist eine historische Verzerrung. Dieser Wahnwitz und die verbrecherische Weise des Versuchs, ihn durchzusetzen, haben einen unvoreingenommenen oder gar positiven Blick auf den zivilisatorischen Beitrag der Deutschen bei der Entstehung Europas bis heute fast unmöglich gemacht. Und sie haben zu dem Verlust eines Viertels des deutschen Territoriums und zu der Vertreibung Millionen Deutscher geführt; ein



Grund mehr zum Abscheu gegen das verbrecherische Regime, das solche Verluste zu verantworten hatte, und zur Scham über die Schuld, welche die Deutschen daran in unterschiedlicher Weise trugen.

Durch eigene Schuld hat unser Land das Ergebnis von Jahrhunderten verloren: Ostdeutschland gibt es nicht mehr. Königsberg, die Stadt Immanuel Kants, heißt heute Kaliningrad. Und doch gibt es keine Spur von Revisionismus im heutigen Deutschland. Wie ist dieses keineswegs selbstverständliche Phänomen zu erklären?

Gewiß war es einmal die – anders als 1918 – unübersehbare, unleugbare, überwältigende Wirklichkeit der Niederlage, und es war dann die zunächst mehr dumpf gefühlte als klar artikulierte Erkenntnis, daß diese berechtigt und notwendig war und sogar im deutschen Interesse lag, weil Deutschland in dieser Niederlage von der totalitären Naziherrschaft befreit wurde. Daß aber diese Ambivalenz von „besiegt“ und „befreit“ auch langfristig keine Ressentiments entstehen ließ, lag an der weltpolitischen Konstellation, die durch die deutsche Niederlage geschaffen war, und es lag an der Weitsicht der Sieger, vor allem Amerikas, dessen Präsident Truman erkannte, daß „die Verteidigung Europas ohne Deutschland ein Rückzugsgefecht auf den Klippen des Atlantik“ gewesen wäre.

Deutschland, das heißt, sein westlicher, glücklicherweise wesentlich größerer Teil, wurde gebraucht für die Verteidigung Europas vor der neuen, der sowjetischen Gefahr. So drängten die USA darauf, Deutschland trotz allem, was es sich hatte zuschulden kommen lassen, wieder eine Chance zu geben. Sie halfen ihm, wie dem ganzen westlichen Europa, beim wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau. Sie drängten die Europäer, vorab Frankreich, Deutschland wieder aufzunehmen in den Kreis der ehrenwerten Völker, und ermöglichten es so denjenigen Kräften bei den ehemaligen Kriegsgegnern, die aus der Doppelkata-



strophe des ersten und des zweiten Weltkriegs die heilsame, geradezu revolutionäre Lehre ziehen wollten, die den Namen Europa trug, sich durchzusetzen.

Europa, das bedeutete für Deutschland zunächst den Verzicht der Sieger auf Demütigung des Besiegten, Verzicht auf ein neues, gar schlimmeres „Versailles“, bedeutete den praktischen Verzicht auf Reparationen, es hieß, keine Gebietsverzicht im Westen. Zwar bedeutete es auch Kontrolle Deutschlands durch die anderen, seltsamerweise auch der anderen durch Deutschland. Es bedeutete institutionelle Friedenssicherung, kurz, es bedeutete Zukunft für Deutschland. Darin lag auch die endgültige Zugehörigkeit Deutschlands zum Westen und seinen politischen Ordnungsidealen und seinen kulturellen Werten.

Mit dieser Positionsbestimmung wurde die Zwitterstellung Deutschlands, die eine Folge seines westöstlichen Entwicklungsprozesses war, beendet. Allerdings galt das eben nur für den westlichen Teil Deutschlands, während sein östlicher Teil ein wesentlich bittereres Schicksal erwartete. War dies der Preis der Westintegration der Bundesrepublik? Niemand kann das wissen, denn niemand kennt eine Geschichte, wie sie bei einem Verzicht darauf verlaufen wäre, und ob ein solcher Verzicht der Westdeutschen von den westlichen Siegern überhaupt akzeptiert worden wäre. Die tatsächliche Geschichte hat jedenfalls dem damals vielen verständlicherweise zu simpel erscheinenden Konzept Konrad Adenauers, den Westen zu stärken, dann werde sich alles, einschließlich der Wiedervereinigung ergeben, Recht gegeben.

Den ungleich höheren Preis für den verlorenen Krieg und die Verbrechen Nazideutschlands haben die Deutschen in der Ex-DDR zahlen müssen. Deshalb ist die Solidarität der Westdeutschen mit ihnen nicht erst eine Frage der Moral, sondern eine des nationalen Anstands. Es gibt keine andere Begründung für die riesigen Transferleistungen von West nach



Ost als die Geschichte der nationalen Schicksalsgemeinschaft Deutschland.

Doch offenkundig steht es mit der inneren Einheit, mit dem Empfinden der Zusammengehörigkeit und der grundlegenden Gleichheit trotz dieser Solidarleistungen nicht zum Besten in unserem Land. Natürlich sind auch Fehler gemacht worden im Prozeß der Wiedervereinigung. Sie waren unvermeidlich; es gab in der Geschichte dafür keinen Präzedenzfall. Was wirtschaftlich falsch war, wie die Währungsumstellung eins zu eins, war politisch unvermeidlich und insofern richtig. Der Fehler war vielmehr, nicht spätestens im Augenblick der Wiedervereinigung entschlossen die Reform der Sozialsysteme in Angriff zu nehmen, die als Folge der Globalisierung und der demographischen Entwicklung ohnehin hätte unternommen werden müssen. Ihr maroder Zustand wurde durch die Eingliederung der Deutschen aus den fünf neuen Bundesländern zwar noch erheblich verschlimmert und hatte, zusammen mit den Transferleistungen, enorme Auswirkungen auf den besorgniserregenden Zustand der öffentlichen Finanzen, aber entstanden war er bereits zuvor.

Im übrigen entbehrt es nicht einer gewissen Tragik, daß „die gute alte Zeit“ der alten Bundesrepublik im Augenblick der Wiedervereinigung gerade vorbei war – wenn auch nicht für jeden offenkundig.

Das war nicht der einzige Punkt, in dem sich Ost- und Westdeutsche täuschten, und der Enttäuschung schuf. Schwerer wiegt wohl das Empfinden der Bürger der Ex-DDR, die all ihre Lebensbereiche umfassende, tiefreichende Umstellung durch die Wiedervereinigung nicht selber in die Hand genommen haben zu können – das „Anschlußsyndrom“. Ja, es wäre sicher besser gewesen, wenn sie das gekonnt hätten, denn so wurde ihnen das Recht auf die eigenen Fehler nicht zugestanden. Wie aber hätte dies in einer Situation, die mit unvorhersehbarer Plötzlichkeit über Deutschland und die Welt hereinbrach, geschehen sollen? Viel-



leicht war es auch eine veritable Überforderung der Politik, genau in diesem Augenblick auch den inneren Umbau Deutschlands zusätzlich in Angriff zu nehmen. Andere Länder mit den gleichen Problemen haben es auch ohne Wiedervereinigung nicht rechtzeitig geschafft. Kein Fehler der Westdeutschen allein war dies also, sondern die Folge der getrennten Geschichte, und der „Fehler“ der DDR war die Flucht eines Großteils der ostdeutschen Eliten, deren Folgen sich bei der Wiedervereinigung und bis heute schmerzhaft bemerkbar machen.

Natürlich haben in über vier Jahrzehnten getrennter Entwicklung beide Teile Deutschlands unterschiedliche Mentalitäten, auch unterschiedliche Identitäten entwickelt, weil ihre Erfahrungen eben unterschiedlich waren. So wird es mindestens eine weitere Generation dauern, bis der östliche Teil Deutschlands ganz im Westen angekommen ist; doch er wird ankommen, um so eher, je eher die Westdeutschen das notwendige, aus der Geschichte geschöpfte Verständnis aufbringen.

Dazu haben sie allen Grund, denn die Geschichte hat zunächst nur ihnen und erst mehr als eine Generation später auch den anderen Deutschen ein ganz unerwartet gnädiges Schicksal zukommen lassen – gnädig im Sinne des Luther-Worts von der „Zuwendung ohne Verdienst“ – ein Schicksal, in dem Deutschland, wenn auch unter erheblichen Gebietsverlusten im Osten, seinen endgültigen Platz in Europa gefunden hat, den Geographie und Geschichte ihm zuweisen: Mitte Europas zu sein.

Dies war es früher bloß in einem geographischen Sinn, denn Europa als politische Einheit gab es nicht, und Deutschland verstand sich selbst weder als dem Westen noch dem Osten zugehörig, sondern als etwas Drittes, Eigenes. Der erste Nationalstaat von 1870/71 bildete einen Unruheherd in Europa. Dazu machten ihn seine dynamische Entwicklung, sein überbordender Nationalismus – „... und soll dereinst am deutschen



Wesen die Welt ... genesen ...“ – und die Unsicherheit wie Unfähigkeit seiner politischen Elite, die Warnungen des Reichgründers Bismarck zu beherzigen, sich stets der prekären Lage Deutschlands bewußt zu bleiben, das eine kritische Größe im „Konzert der europäischen Mächte“ angenommen hatte: zu groß, um sich einfach einzuordnen, und zu klein, um die anderen zu beherrschen, wohl jedoch wieder groß genug, um die Furcht vor solchem Hegemoniestreben zu wecken.

Hätten die Erben Bismarcks die ganze deutsche Geschichte besser verstanden, so hätten sie seine Warnungen begriffen. Die Grundsituation Deutschlands in Europa bildete schon den Hintergrund des Dreißigjährigen Krieges, den Günter Barudio zu Recht den „teutschen Krieg“ nennt. Die Möglichkeit einer beherrschenden Stellung Habsburgs im Reich weckte die Furcht vor einer Hegemonie Deutschlands in Europa und löste die Intervention seiner Nachbarn aus. Der Krieg, durch die konfessionelle Spaltung religiös aufgeladen - man fühlt sich an die Lage im heutigen Irak erinnert – war die vielleicht noch größere Katastrophe für Deutschland als der Zweite Weltkrieg. Weil die Lehren aus diesem Teil der deutschen Geschichte vergessen waren, sprengte der Bismarck-Staat das System des europäischen Gleichgewichts. Nicht, daß dies nur die Schuld der Deutschen war – keineswegs. Kurzsichtiger Nationalismus und politisches Versagen herrschten auch anderswo in Europa vor. Wie weit schuldig oder mitschuldig, sei dahingestellt, jedenfalls war Deutschland das bestimmende Element für den Ersten Weltkrieg, bei dessen Ausbruch der britische Außenminister Grey gesagt hatte, die Lichter in Europa gingen aus. Es war die Urkatastrophe Europas, was unsere westlichen Nachbarn klarer wahrnehmen als wir, die wir auf den Zweiten Weltkrieg fixiert sind.

Heute versteht sich auch das wiedervereinigte Deutschland als Teil des Westens, und ebenso sehen sich unsere östlichen Nachbarn, die sich dem Einigungsprozeß des Kontinents anschlossen. Ruhige Mitte Euro-



pas zu werden, lautet der Anspruch an uns, Chance für uns und Erwartung unserer Nachbarn – doch auch bereits ein Stück Wirklichkeit!

Das Erreichen der Einheit des Kontinents wird noch dauern – länger als im Falle Deutschlands. Und hier werden die Deutschen ebenfalls Geduld aufbringen müssen, wie die offenkundigen Ängste und Ressentiments etwa der Polen Deutschland gegenüber zeigen. Auch dies ist eine Last der Geschichte, keineswegs nur der zwischen 1933 und 1945. Aber welche Chance auch für unser Land, dank der grundsätzlich neuen, institutionell gesicherten Konstellation in Europa, die EU heißt, und der auch die östlichen Länder des Kontinents jetzt angehören!

Sollte also nicht wirklich eine große Dankbarkeit für dieses gnädige Schicksal ein unauslöschlicher Bestandteil unseres nationalen Selbstverständnisses sein?

Eine riesige Aufgabe bei der Neuordnung des Kontinents harrt noch ihrer Lösung: Rußland zu helfen, seinen Platz in Europa zu finden. Deutschland macht sich nicht wichtiger, als es ist, wenn es dabei für sich eine besondere Verantwortung sieht. Auch sie ist eine Folge von Geographie und Geschichte, in deren vorletztem Teil sich beide Länder wechselseitig Schreckliches angetan haben, ausgelöst von Deutschlands Angriffskrieg, in welchem es in Rußland furchtbar wütete, und in dem dieses Land von allen die größten Verluste an Menschenleben im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatte. Dennoch gibt es in Rußland, wie auch im Westen in Frankreich, keine Ressentiments gegenüber Deutschland. Ihm fühlt sich Rußland sogar näher als den anderen Mitgliedern der Europäischen Union. Die Aufgabe, Rußland in Europa einzuordnen, ist nicht leicht. Geschichte, Lage und Größe machen aus ihm einen ungleich schwierigeren Fall als die Integration der mittelosteuropäischen Länder in die EU.



Deren Ängste vor einer deutsch-russischen Hegemonie wurzeln tief und brechen leicht auf, wie sich während der Irakkrieg-Krise zeigte. Deutschland kann daher seiner Verantwortung nur gerecht werden, falls es sie als einen Dienst an Europa versteht, wenn es seine Beziehungen zu Rußland nutzt, um dessen Verhältnis zur Europäischen Union bestimmen zu helfen, das heißt, Rußland in Europa zu verorten.

Die unverdiente Chance, welche die Deutschen 1945 erhielten, haben sie genutzt. Sie haben eine von der ganzen Welt als große Leistung anerkannte, einwandfreie und stabile demokratische Ordnung errichtet, in der in bis dahin nie erreichter Weise eine liberale Wirtschaftsordnung und eine solidarische Gesellschaftsordnung miteinander verbunden waren. Für viele unserer Nachbarn waren wir tatsächlich die erfolgreichste Gesellschaft Nachkriegseuropas. „Die soziale Marktwirtschaft ist das Modell für Europa“, sagte niemand Geringeres als Jacques Delors 1996 bei einer Veranstaltung anlässlich der heftigen Debatten in Frankreich um die Wirtschafts- und Währungsunion, die in der Assemblée Nationale vor einer großen, dicht gedrängten Zahl von „tout Paris“ verkörpernden Franzosen stattfand. Und er fügte hinzu, die Deutschen dürften deswegen nie von ihr ablassen. Der Autor, an den diese Worte auf dem Podium gerichtet waren, war selten in seinem politischen Leben so zufrieden, ja sogar glücklich, wie in diesem Augenblick. Wer hätte 1945 für möglich gehalten, daß nur fünfzig Jahre später ein Franzose so etwas sagen würde? Diese persönliche Bemerkung sei erlaubt, da diese Empfindung alle Deutschen hätten haben können. So übel haben wir Deutsche es nach 1945 in den Augen unserer europäischen Nachbarn offensichtlich nicht gemacht.

Heute, wo von diesem deutschen Modell nicht mehr die Rede sein kann, wo es zu Ende ist, kann uns die Erinnerung aber doch in dem Ziel, es zu erneuern, und in der Überzeugung, es auch zu erreichen, bestärken. Unbedingt muß man hinzufügen, daß alle unsere Nachbarn nicht nur



von der wirtschaftlich-sozialen und politischen Leistung der deutschen Nachkriegsdemokratie beeindruckt waren, sondern ebenso, wenn nicht eher mehr, von der tiefen, oft geradezu quälenden Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Geschichte. Sie war eine unerläßliche Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit der Wiederaufnahme Deutschlands in die europäische Völkerfamilie.

Das zeigt das Beispiel Japans, das in seiner Region immer noch, und wie es scheint, gar zunehmend isoliert ist, weil es sich einer Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit nicht gestellt hat. Jedenfalls war die intensive deutsche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit für die Stabilität seiner jungen Demokratie ebenso entscheidend, wie der schnelle Aufbau. Sie war übrigens wiederum nur möglich, weil uns die Sieger diese Auseinandersetzung selber überließen, statt uns ihre Interpretation der Geschichte aufzuoktroyieren. Auch da liegt ein Grund zur Dankbarkeit.

Eine in ihrer Bedeutung für die politische Stabilität Nachkriegsdeutschlands selten genügend gewürdigte Leistung war die Überwindung der politischen Trennlinien entlang der konfessionellen Spaltung. Der Dreißigjährige Krieg hatte die furchtbaren Folgen dieser deutschen Malaise demonstriert, der Kulturkampf im Bismarckstaat, seine Sprengkraft für einen kurzen Augenblick aufleuchten lassen. Erst die Erfahrung von Christen beider Konfessionen in den KZs der Nazi-Barbarei haben den Boden für die Versöhnung nach 1945 geschaffen, die in den Unionsparteien ihren konkreten Ausdruck fand.



Wiedergutmachung – Gutmachung

Die Grundlage der Regelungen für Nachkriegsdeutschland, für das „Geschäft“ zwischen ihm und seinen früheren Feinden, war das Versprechen Deutschlands, auch des wiedervereinigten Deutschlands, sich für immer „als Glied in einem vereinten Europa“ sehen zu wollen, wie es das Grundgesetz ausdrückt, oder anders gesagt, statt der allerdings ohnehin unmöglichen Wiedergutmachung in Form von Reparationen, sollte Deutschland alles in seinen Kräften Stehende tun, um für alle in Europa eine gute Zukunft zu schaffen, worin es dann selber eingeschlossen wäre.

Davon später mehr, doch zuvor muß noch von einer anderen Art von „Gutmachung“ die Rede sein, welche die Deutschen sich selbst und der Welt versprochen haben. Gemeint ist, wie Deutschland versucht, seine Verbrechen an den europäischen Juden „gutzumachen“. Die Scheußlichkeit dieses Verbrechens zu beschreiben, reichen Worte nicht aus; am ehesten kommt sie in der Art der Vernichtung der Juden durch ein quasi industrielles Verfahren zum Ausdruck, weil darin den Juden das Menschsein abgesprochen wurde, das Schlimmste wohl, was man einem Menschen antun kann. Daß die Deutschen sich damit zugleich selbst entwürdigten, liegt in der fatalen Dialektik des Bösen.

Im Falle des Holocaust waren die finanziellen Wiedergutmachungsleistungen der alten Bundesrepublik, so beachtlich sie waren, noch weniger als bei den erwähnten übrigen, von Deutschland verursachten Schäden in Europa im strengen Sinne des Wortes, in der Lage wiedergutzumachen. Sie waren Ausdruck des guten Willens der Deutschen, die aber selber spürten, daß es wichtiger sei, alles in ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um den Juden, die dem Holocaust entkommen waren, zu helfen, in Israel eine gute, eine sichere Zukunft zu finden.



Die Existenzsicherung Israels ist deswegen Teil der Staatsräson Deutschlands geworden, wie es alle seine maßgeblichen Repräsentanten immer wieder ausgedrückt haben, oder wie man es, vielleicht weniger technokratisch klingend, sagen könnte: dies ist ein essentieller Teil unseres nationalen Selbstverständnisses.

Sicher, der Staat Israel ist nicht nur die Frucht des Holocaust, denn die zionistische Idee ist älter, und sie ist die Folge ungezählter Progrome überall in Europa. Doch ohne den Holocaust und die Fluchtbewegung, die er auslöste, wäre der Staat Israel vielleicht überhaupt nicht, jedenfalls aber nicht in seiner tatsächlichen Größe entstanden. So haben alle Europäer eine Verantwortung für die Zukunft Israels, die Deutschen aber doch in ganz besonderer Weise.

Ohne die Gründung des Staates Israel aber wäre auch das Schicksal der Palästinenser ein anderes. Ob es ein besseres wäre, ist unerheblich; jedenfalls hätten wir keine besondere Verantwortung für sie, die wir so jedoch durch diese indirekte Ursachenkette durchaus haben. Das ist lange, sehr lange, in Deutschland nicht wahrgenommen worden. Jetzt aber, wo die Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern eine fatale neue Qualität erreicht haben, wo als Folge dieses Konflikts Israel im Fokus des Hasses weitester Teile der islamischen Welt auf den Westen, speziell auf die USA, steht, und wo manche israelische Maßnahme gegen die Palästinenser zwar verständlich, aber nicht mehr gerechtfertigt erscheint, wo sich die prophetischen Befürchtungen einer Hannah Arendt von den fatalen, die Gesellschaft verändernden Folgen permanenter Feindschaft zu bewahrheiten drohen, heute wird dieses deutsche Selbstverständnis auf die Probe gestellt; es ist herausgefordert! Die Umfragen zeigen unzweideutig eine äußerst kritische Einstellung der Deutschen, wie auch anderer Europäer, zur Politik Israels.



Natürlich ist eine Kritik an der israelischen Politik kein Antisemitismus, und sie in seine Nähe zu rücken oder sie gar damit gleichzusetzen, vergrößert die Gefahr, die man bannen will. Doch wer könnte leugnen, daß es diese Gefahr gibt, daß sich aus berechtigter Kritik an israelischer Politik ein Antisemitismus entwickeln könnte, nicht nur in Deutschland, aber eben auch dort, wo es geradezu eine Katastrophe wäre? Scheinbar ist der sich anbietende Weg, diese Gefahr nicht in Wirklichkeit umschlagen zu lassen, wegzusehen und zu schweigen. Natürlich ist dies eine Illusion! Schweigen läßt die Gefahr wachsen. Der Fokus der medialen Weltöffentlichkeit ist auf Israel gerichtet!

Es ist hier nicht der Ort, um auf die Politik Israels im einzelnen und auf die Stimmung und Lage der israelischen Gesellschaft und ihre Entwicklung durch Einwanderung aus nichteuropäischen Ländern und aus Rußland einzugehen; auch nicht, umgekehrt auf die Entwicklung bei den Palästinensern oder auf Gründe und wechselseitige Verantwortung für die jeweilige Lage und das Verhältnis beider zueinander.

Natürlich gibt es, wie bei jedem Konflikt, nicht nur einen Schuldigen. Maßstab deutscher Politik muß daher die fundamentale Wahrheit sein, daß jeder nach dem Masse seines Vermögens, seiner Stärke, verantwortlich ist; und weiter, daß es eine gute Zukunft für Israel nicht geben kann ohne eine gute Zukunft für die Palästinenser. Daran haben alle Europäer, besonders die Deutschen, ein umfassendes Interesse. Es reicht von den konkreten Interessen in der Region über solche, die das äußerst schwierige Verhältnis zur muslimischen Welt betreffen, bis zum jeweils nationalen Selbstverständnis, jedenfalls der Deutschen. Wenn Israel scheitern sollte, wäre dies auch ein deutsches und ein europäisches Scheitern, ebenso ein amerikanisches. Wer als Deutscher die Sorge ausdrückt, daß gewisse Züge der israelischen Politik und bestimmte Einstellungen der Gesellschaft Israels, einschließlich des Militärs, langfristig oder auch rascher Israel gefährden, darf nicht in die Nähe von



Antisemiten gerückt werden: Vielleicht treibt ihn gerade die Sorge vor der Judenfeindlichkeit, zusätzlich zu der Sorge um die Zukunft der Juden in Israel wie in aller Welt.

Europa und nationale Identität

Die europäische Mitverantwortung für die Zukunft Israels führt uns zurück zu dem Projekt der Einigung des Kontinents zur Europäischen Union. Die Perspektive auf dieses großartige Vorhaben droht unter den Mühen der Ebene und der aktuellen Krise, die durch das Nein der Franzosen und Niederländer zum Europäischen Verfassungsvertrag ausgelöst worden ist, zu verschwinden. Diese Krise kann jedoch auch als Chance verstanden werden, noch einmal über die Grundlagen Europas und seine Finalität nachzudenken, wie das die europäischen Staats- und Regierungschefs angekündigt, aber bislang nicht getan haben. Für die Deutschen muß diese Reflektion, von ihrer speziellen Rolle im europäischen Einigungsprozeß ausgehend, ihr Verhältnis zwischen nationalem und europäischem Selbstverständnis umkreisen.

Für alle anderen Völker gilt dies natürlich auch, auf dem erwähnten historischen Hintergrund aber für unser Volk in einer sehr besonderen Weise.

Mehr als fünfzig Jahre nach seinem Start ist das europäische Projekt allerdings nicht mehr nur aus dem Kriegserlebnis und aus der Sehnsucht nach Versöhnung und Frieden zu begründen. Die Versöhnung ist gelungen, und der Friede in Europa ist gesichert. Vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte und der zahllosen Kriege und blutigen Konflikte in aller Welt seit 1945, und angesichts der zwingenden Notwendigkeit, den Anachronismus der Staaten-Kriege, ebenso wie die neuen Formen von Gewalt zu überwinden, wenn überhaupt die Menschheit Zukunft



haben soll, können wir uns als Europäer und als Deutsche über das Erreichte freuen, sogar stolz darauf sein. Frieden ist schließlich die Grundlage für alles, wonach wir streben. Und ohne Übertreibung darf festgestellt werden, daß Deutschland einen maßgeblichen Anteil an dem Werk der friedlichen europäischen Einigung hat. Der Wirtschafts- und Währungsunion, bislang Kern des Integrationsprozesses, hat Deutschland seinen Stempel aufgedrückt. Deutschland konnte dies, weil es zu dieser Zeit ungemein erfolgreich war; heute wäre Ähnliches wesentlich schwerer zu erreichen. So konnten die Deutschen die europäische Vereinigung vorantreiben – auch mit Geld – getreu dem Motto: „Macht euch Freunde mit dem ungerechten Mammon“ – allerdings läßt sich darüber streiten, ob im einzelnen immer für die richtigen Zwecke. Nicht zu vergessen bleibt dabei, daß kein anderes Land einen größeren Nutzen von Europa hat als das unsere, und dies nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, was sich aus seiner Lage und Größe, und eben aus seiner Geschichte ergibt.

Zu fragen ist aber, ob es über diesen vielfältigen Nutzen hinaus inzwischen auch etwas wie eine europäische Identität der Deutschen gibt; und wenn es bereits ein kollektives europäisches Selbstverständnis gibt, wie verhält sich dies zum nationalen Selbstverständnis? Wir alle tragen verschiedene Identitätsanteile in uns, verfügen über viele Schichten emotionaler Zuneigung und politischer Loyalität, angefangen beim Ort unserer Kindheit, der Heimat, über die Region – wir fühlen uns als Bayer, Rheinländer, Sachse... – bis hin zur Nation; insofern sollte dies grundsätzlich kein Problem sein. Und wir fühlen uns auch als Europäer, das kann nicht zweifelhaft sein.

Die eigene Identität erkennen, heißt immer: sich unterscheiden. Ich erkenne mich, indem ich mich unterscheide von dem Anderen; ich kann ich sein, weil du du bist. Die Deutschen, wie alle Europäer, erkennen heute schärfer denn je ihr Europäertum, verstehen Europa als Inbegriff

gemeinsamer Werte und sehen seine Stellung in der Welt herausgefordert. Das Gemeinsame wird immer deutlicher, und das Unterschiedliche wird immer weniger als Trennendes empfunden. Jetzt noch gilt das für die alten westlichen Mitglieder mehr als für die neuen östlichen, wenn auch in unterschiedlichem Masse; für erstere mehr zwischen den Kernländern und untereinander, als in Beziehung zu den neuen. Doch die Entwicklung dieser Richtung weist ins Positive.

Das eben ist der Unterschied zu früher, wo die eigene nationale Identität durch ein „gegen“ die anderen, ein „anti“, bis hin zu einer Gegnerschaft, die sich im Krieg ausdrückte, definiert wurde. Heute haben wir begriffen, unser gegenseitiges Anderssein anzuerkennen und sogar als Chance zu verstehen, eine Entwicklung, die man als wirklichen Fortschritt bezeichnen darf. Hier ist Europa weiter als irgendein anderer Teil unserer Welt, die genau dies unumgänglich lernen muß in dieser einen, aber noch so uneinigen Welt.

Die Deutschen haben diese neue Einstellung verständlicherweise eher gelernt als andere Europäer, unter dem Druck der Erkenntnis, daß alles Nationale als Folge seiner Hypertrophie und des Mißbrauchs durch den Nationalsozialismus diskreditiert war, so daß Europa quasi einen Ersatz für die verdorbene nationale Identität zu bieten schien. Doch ersetzen kann die europäische Identität eine nationale nicht. Wohl aber ist sie der Hort, in dem die nationale aufgehoben, im Sinne von „bewahrt“ ist, nachdem ihr alter Geltungsanspruch aufgehoben, im Sinne von „abgeschafft“ ist, und damit der Grundwiderspruch zwischen den sich einander ausschließenden nationalen Identitäten aufgehoben im Sinne von „überwunden“ ist.

So dürfen denn auch die Deutschen, eingebettet in Europa, ihre Nationalität haben, ja, müssen sie pflegen, weil sie gewissermaßen die Essenz ihres Selbstseins ist, die sie zum Umgang mit den anderen erst be-



fähigt. Nur wer sich seiner selbst sicher ist, ist für andere ein sicherer Partner und nicht länger ein potentieller Feind.

Pflegen sollten die Deutschen vor allem ihre Sprache, „das Haus des Seins“, wie Heidegger sagt. Wenn dem so ist, so ist sie für das Überleben der Nation existentiell.

Die europäische Entwicklung vom Gegeneinander zum Miteinander war wesentlich erleichtert durch das Erkennen der gemeinsamen Grundüberzeugungen, die alle Europäer einen, und das ihnen selbst in den schlimmsten Stunden mörderischer Auseinandersetzungen nie völlig abhanden gekommen war. Der letzte dieser Kriege hat ihnen mit nie gekannter Klarheit vor Augen geführt, daß sie selber – und leider vorab die Deutschen – dabei waren, diese Werte zu vernichten, und sie sie nur durch ihre politische Einigung für die Zukunft würden bewahren können. Dieser Wille zu einer gemeinsamen Zukunft, auf der Basis der gemeinsamen Werte, ist das entscheidende, Identität stiftende Element Europas.

In dieser Hinsicht können die Europäer von den Amerikanern lernen; nicht aufgrund gemeinsamer Herkunft ihrer Bürger sind sie eine Nation, sondern allein durch den Willen zu einer gemeinsamen Zukunft. Und trotz der so unterschiedlichen Herkunft seiner Menschen ist Amerika eine starke Nation mit starkem Zusammenhalt und entsprechend großartigem Erfolg, den auch unschöne Erscheinungen in ihrer Gesellschaft und die Problematik ihrer augenblicklichen Politik nicht verdecken können. „Novo ordo saeculorum“ – neue Ordnung der Zeitalter – steht als Motto auf den Eindollarnoten der USA. Es ist das alles überwältigende Ziel, das sich die Amerikaner gesetzt haben und das sie bis heute antreibt.



Das ist auch der Anspruch Europas, den Jean Monet mit etwas bescheideneren Worten beschrieben hat: „Europa ist ein Beitrag zu einer besseren Welt.“ Das ist Europa, indem es in seinem Teil der Welt eine neue, eine bessere Ordnung des Zusammenlebens von ehemals souveränen und immer noch selbstbewußten Völkern schafft, in dem diese sich freiwillig einem gemeinsamen Recht unterwerfen, und zwar einem sanktionsbewehrten, durchsetzungsfähigen Recht, und damit einen Zustand überwinden, in dem jeder für sich beansprucht, Richter in eigener Sache zu sein, was nichts anderes als Anarchie auf Völkerebene bedeutete und unweigerlich zum Krieg führen mußte.

Dadurch ist Europa ein Modell für die Welt, das von dieser mit großer Aufmerksamkeit und hohen Erwartungen beobachtet wird, weil die Menschheit – ohne Pathos, das diesem Ausdruck sonst anhaftet – immer mehr erkennt, daß sie in allen ihren Teilen und insgesamt eine neue Ordnung des Zusammenlebens der Völker braucht. So richten sich die Hoffnungen der übrigen Welt darauf, daß Europa einen aktiven Beitrag dazu leistet und nicht nur durch sein Beispiel wirkt, daß es auch eine Alternative bietet zu dem Weltordnungsangebot traditioneller Art der USA.

Die europäische Außenpolitik ist in ersten Ansätzen zwar vorhanden, aber doch noch weit entfernt davon, solchen Erwartungen gerecht zu werden. Diese Erwartungen decken sich mit der der europäischen Bürger, die mit überwältigender Mehrheit in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union laut allen Umfragen und seit eh und je eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas fordern, und die über den Bruch in der Gemeinsamkeit der europäischen Politik hinsichtlich des Irak-Krieges entsprechend enttäuscht waren. Die Außenpolitik als der institutionalisierte Ausdruck des Verhältnisses einer politisch verfaßten Gemeinschaft zu der übrigen Welt, zu den anderen, ist für das Selbstverständnis dieser Gemeinschaft von entscheidender



Bedeutung. Das Eigene, das allen Gemeinsame, wird im Unterschied zu den anderen deutlich und durch die Politik ihnen gegenüber anschaulich und wirksam. So erkennen die Bürger in Europa oft besser als die in ihrem Betrieb bisweilen blind gewordenen Politiker, daß die einzelnen europäischen Länder, jedes für sich, außerstande sind, den außerordentlichen Herausforderungen der heutigen Welt gerecht zu werden. Für die größeren gilt dies ebenso sehr, doch sie tun sich mit dieser Erkenntnis schwerer als die kleineren, und selbst Deutschland, von Frankreich und Großbritannien ganz zu schweigen, erweckt heute zuweilen und zunehmend den Eindruck, als fühle es sich wohl in der Rolle eines einzelnen „global players“.

Das Streben nach einem nationalen Sitz im UN-Sicherheitsrat ist ein Zeichen für dieses neue deutsche Selbstbewußtsein. Wie fehlgeleitet es ist, zeigt nicht nur das vorhergesehene Scheitern dieses Plans, sondern auch der Umstand, daß außer Frankreich und Großbritannien niemand in Europa Deutschland unterstützte, sondern, im Gegenteil, manche wie Italien offen, und andere verdeckt, dagegen arbeiteten. Hier hat Deutschland Europa nicht geeint, sondern entzweit. Unterstützung hätte es hingegen von allen erfahren, wenn es versucht hätte, die UN-Politik zum Gegenstand der europäischen Außenpolitik zu machen, die beiden europäischen Vertreter dazu zu bringen, nicht nur für sich, sondern für Europa zu sprechen, und dergestalt allmählich einen „Europäischen Sitz“ zu entwickeln. Das wäre zugleich eine wirklich angemessene Reform der Vereinten Nationen, während der Hinweis auf Deutschland als dritthöchster Beitragszahler der UN eher etwas Peinliches hat. Und kann man Condoleezza Rice widersprechen, wenn sie die Notwendigkeit eines vierten Europäers, eines dritten Westeuropäers in diesem Gremium anzweifelt, das bisher keinen Afrikaner, keinen Lateinamerikaner, keinen Araber und nur einen Asiaten umfaßt?

Deutschlands Anteil an der Weltbevölkerung beläuft sich auf 1,4 Prozent. Und wenngleich Zahlen nicht alles über die Bedeutung eines Landes aussagen, zum Glück nicht, so bilden sie doch immer den harten Boden, auf dem alles aufbaut, und andere Völker sind nicht nur zahlenmäßig mehr, sie werden auch ständig mächtiger. Groß am Tisch der G 8, der Großen 8, wirken Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien neben den USA nicht, und wenn bald China und Indien dazugehören werden, noch weniger; groß wäre in diesem Kreis nur die Europäische Union.

Eine gemeinsame Außenpolitik Europas ist also nicht nur ein dringendes Gebot der gegenwärtigen Weltlage, sondern auch ein zentrales Element europäischer Identität, und verträgt sich offensichtlich mit nationaler Identität, hier jedenfalls problemlos. Das wäre manifestiert und gestärkt worden, wenn die europäische Politik es in der Irak-Krise verstanden hätte, der überwältigenden Opposition der Menschen in allen Mitgliedsländern gegen diesen Krieg in einer gemeinsamen Politik Ausdruck zu geben. Diese Chance ist nicht allein, aber nicht zuletzt durch Deutschland und Frankreich vertan worden.

Überhaupt ist es die Politik, und in der Folge die Geschichte dieser Politik, die aus einer Gruppe von Menschen eine sich ihrer selbst bewußte Gemeinschaft, also ein Volk macht, indem es sie verfaßt, ihr einen Rahmen, Institutionen gibt und ihr Sichtbarkeit verleiht und in der Folge erfahrbar macht. Völker waren nicht vor allem Beginn, sondern sie wurden es, und zwar, indem Angehörige von Stämmen und örtlichen oder regionalen Einheiten einer gemeinsamen Herrschaft unterworfen wurden, sie so ein gemeinsames Schicksal teilten und sich durch diese Erfahrung ein gemeinsames Bewußtsein, ein Wir-Gefühl entwickelte. Johannes Fried hat das für das deutsche Volk in seinem großen Werk „Der Weg in die Geschichte“ eindrucksvoll dargestellt.



Mit dem Unterschied, daß die Unterwerfung freiwillig ist, geschieht heute mit der europäischen Einigung dasselbe. Auch das Ergebnis ist dasselbe: das Bewußtsein, einer Schicksalsgemeinschaft anzugehören, die man nennen mag, wie man will.

Anders als das Bundesverfassungsgericht glaubt, ist es jedenfalls ein Demos, zumindest in der Entwicklung. Daß dieser Prozeß noch nicht zu Ende gekommen ist, haben die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden verdeutlicht, denn sie waren der Ausdruck mangelnder Solidarität, vor allem mit den Neumitgliedern der Europäischen Union. Solidarität ist die konkrete, unausweichliche Folge eines gemeinsamen Schicksals. Jedoch kann die Entwicklung zu einer europäischen Identität durch solche historischen Zwischenfälle nicht aufgehalten werden.

Es gibt ein zunehmendes europäisches Wir-Gefühl, das Bewußtsein, sich von den Nichteuropäern zu unterscheiden. Es gibt auch eine europäische Öffentlichkeit, wie zuletzt die europaweite Anteilnahme an den beiden Referenden in Frankreich und den Niederlanden gezeigt hat. Beides ist verbesserungsbedürftig, aber auch verbesserungsfähig. Selbst durch einfache Maßnahmen, die keinerlei Verfassungsprobleme aufwerfen: So könnten zum Beispiel die europäischen Parteien für die Wahlen zum Europäischen Parlament Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten nominieren, die dann überall Wahlkampf betreiben müßten. Europa bekäme so Gesicht und Stimme: Wirklichkeit schafft Bewußtsein. Nur muß die innere Struktur Europas so gestaltet sein, daß sie differenzierte Identitätsangebote bietet.

Deutschland und Frankreich: Europa vorleben

Nach 1945 war allen Europäern überdeutlich, daß die Einheit des Kontinents nur auf der Grundlage einer Versöhnung der „Erbfeinde“

Deutschland und Frankreich möglich werden könnte. Deren nationales Selbstverständnis war aber bislang maßgeblich von dieser Feindschaft geprägt, und nun sollten beide exemplarisch vormachen und vorleben, wie das Bild der europäischen Völker voneinander sein sollte. Dieses gelungene Unterfangen war und ist auch heute noch um so bedeutungsvoller, als diese beiden Länder zwar, wie alle anderen auch, nicht nur auf demselben kulturellen Fundament fußen, sondern sogar in ihren ersten Anfängen für Jahrhunderte einem gemeinsamen Herrschaftsbereich angehört haben, aus dem heraus sich das nachantike Europa bildete, und sie selber auch, sie sich dann aber jeweils zur Nation von starker Eigenart und Unterschiedlichkeit entwickelten.

Diese trat deutlich zutage, als die Franzosen 1995 der fünfzehnhundertjährigen Wiederkehr der Taufe Chlodwigs, des Gründers des Merowingerreiches, als der Geburtsstunde Frankreichs gedachten. Mit mindestens demselben Recht hätten das die Deutschen für ihr Land tun können, hatte doch diese Taufe als Symbol für die Übernahme der überlegenen Kultur durch den Sieger über die Alemannen in der Schlacht bei Tolbiacum, dem heutigen Zülpich, also auf nachmaligem deutschen Boden, für diese weniger entwickelten Gebiete eine noch größere Bedeutung als für das spätere, damals schon weiter entwickelte Frankreich. Pflegen nun die Franzosen ihre Marotten, oder sind die Deutschen geschichtsvergessen, weil ihr Blick nicht über 1933 hinaus reicht?

Diese Unterschiedlichkeit manchmal bewußt als Fremdheit anzuerkennen und sie als Chance zu nutzen, ist für sie beide ein Wert, aber auch ein Dienst an Europa, denn wenn sie in konkreten Entscheidungssituationen des europäischen Einigungsprozesses zu gemeinsamen Positionen gelangten, dann waren die Schwierigkeiten, die andere Partner miteinander hatten, meist im deutsch-französischen Einvernehmen schon aufgehoben. Lange waren die Einstellungen von Deutschen und Franzosen zueinander sehr nahe, wenn auch nicht gleich, aber ihre Ein-



stellungen zur übrigen Welt, vor allem zu den USA, waren deutlich verschieden. Heute sind sie auf beiden Feldern deckungsgleich.

Dem entspricht, daß Frankreich fast das einzige Land der EU ist, in dem keine geschichtlich bedingten Ressentiments gegenüber Deutschland mehr bestehen.

Beide Völker fühlen sich näher zueinander als zu anderen und vertrauen einander mehr, ja betrachten sich wechselseitig als die wichtigsten Freunde. In der Politik der beiden hingegen spürt man zuweilen Ermüdungserscheinungen, einen gewissen Überdruß an der als anstrengend empfundenen Abstimmung mit dem Partner, und vor allem in Deutschland auch Zweifel an der Führungsfunktion des deutsch-französischen Paares.

Diese ist gewiß schwieriger geworden in dem großen Europa der 25 und der bald mehr als 30 Mitglieder. Doch es gibt keine Alternative für diese Aufgabe. Und die Intensität, mit der sich Deutschland und Frankreich einander zuwenden, ist heute wie früher bereits ein untrüglicher Indikator für ihre Hinwendung zu Europa. In dieser Zeit, in der sich nationale Krisen mit der europäischen Krise unentwirrbar verbinden, wird sich erweisen, ob beide Länder die Kraft haben, ihre inneren Probleme zu lösen und Europa den Weg zu seinem Ziel zu weisen, zu einem Ziel, von dem die Vorstellungen in der EU nach der Osterweiterung mehr denn je auseinandergehen.

Das große Europa ist nicht das starke Europa, jedenfalls auf absehbare Zeit nicht. Denn ein starkes Europa muß einen festen Kern wollen, und der Kern sind Deutschland und Frankreich. Ob die Politik dieser unleugbaren Wahrheit Rechnung trägt oder nicht, ist für das nationale und europäische Selbstverständnis und Selbstbewußtsein beider Völker von maßgeblicher Bedeutung. Mit dem ersten gemeinsamen textidentischen

Geschichtsbuch für den Unterricht an den Oberstufen von Gymnasien, das die Zeit nach 1945 behandelt, haben Frankreich und Deutschland eine weitere, langfristig möglicherweise entscheidende Grundlage gelegt, auf dem sich ein gemeinsames Haus bauen läßt, mag das Vorhaben auch zunächst vergleichsweise bescheiden neben den „Haupt- und Staatsaktionen“ der Politik wirken, denn eine gemeinsame Sicht der Geschichte öffnet den Blick auf eine gemeinsame Zukunft. Zugleich haben beide Länder hier konkret vorgemacht, was Europa heißt, und ein Beispiel gegeben, das überall Nachahmung braucht, etwa im deutsch-polnischen Verhältnis. Hier haben Deutschland und Frankreich in ihrer Sonderbeziehung so gehandelt, wie es die Geschichte von ihnen fordert und ihre Nachbarn es erwarten: als Wert an sich und als Dienst an Europa in einem. Bezeichnend ist übrigens, daß es bei der Arbeit an diesem Buch am schwierigsten war, eine gemeinsame Beurteilung der Rolle Amerikas in Europa nach 1945 zu finden.

Amerika und die europäische Identität

Neben dem Verhältnis zu Israel und zu Frankreich war für Nachkriegsdeutschland auch das zu den USA nicht nur von größter politischer Bedeutung, sondern auch ein wesentlicher Bestandteil seines Selbstverständnisses. Der sehr handfeste politische Hintergrund dafür war die schon erwähnte zentrale Rolle der USA bei der unerwartet schnellen Aufnahme Deutschlands in die westliche Staatengemeinschaft in ihrer europäischen und transatlantischen Gestalt, die Hilfe beim wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau, und vor allem war es der Schutz vor der sowjetischen Gefahr, die in Deutschland aus vielerlei Gründen als sehr viel unmittelbarer und bedrohlicher von den Menschen empfunden wurde, als im weiter westlichen Europa. So nahmen die Deutschen mit Staunen von der von ihnen bislang nur vage wahrgenommenen ungeheuren Macht Amerikas Kenntnis und empfanden auch den



bisher als kulturell minderwertig gesehenen „american way of life“ als reizvoll und eiferten ihm nach. Ein wenig überspitzt formuliert, wurde Amerika etwas wie der Übervater der Deutschen der Bundesrepublik.

Die totale Abhängigkeit Deutschlands vom amerikanischen Schutz wurde gemildert durch die in dem Wort Trumans sich ausdrückende Abhängigkeit Amerikas vom deutschen Territorium, die die Bundesrepublik zum wichtigsten Verbündeten der USA in Europa machte. Das Verhältnis der beiden zueinander bewährte sich auch bei der wesentlichen Rolle Amerikas im Prozeß der Wiedervereinigung, in dem es galt, die Ängste der anderen Europäer zu dämpfen. Diese Rolle spielten die USA immer schon seit 1945: Schutz für Deutschland und Schutz vor Deutschland. Oder, um es mit dem apokryphen Wort des ersten NATO-Generalsekretärs, Lord Ismay, zu sagen: „Die NATO ist erfunden worden, um die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unter Kontrolle zu halten.“ Nach der Wiedervereinigung Deutschlands hat Maggie Thatcher in ihrer berühmt-berüchtigten Europa-Rede in Brügge nochmals die Notwendigkeit dieser amerikanischen Funktion in Europa unterstrichen. Und sie hat hinzugefügt, die Deutschen seien offensichtlich auch mit ihr einverstanden.

So richtig dies auch für die Vergangenheit gewesen sein mag, und so sehr die deutsche Politik, nicht zuletzt im Bewußtsein dieser Rolle der USA, auf die Fortdauer der US-Präsenz in Europa und auf die institutionelle Verklammerung Europas mit Amerika in der NATO drängte, so wenig wurde vorhergesehen, wie schnell und tief sich die Einstellung der Deutschen zu Amerika ändern würde. Amerikaner und Deutsche, wie alle Europäer, teilen nach wie vor dieselben Werte, aber ihre jeweilige Interpretation derselben geht zunehmend auseinander. Vor allem stimmen ihre Vorstellungen, wie diesen Werten in der Welt Geltung verschafft und ihren Herausforderungen begegnet werden soll, immer weniger überein. Wurde Amerika früher als unentbehrliche Schutz-



macht empfunden, so heute als Bedrohung. Der Irak-Krieg hat diese Kluft vertieft.

In ihm stimmte die deutsche öffentliche Meinung in einer die USA betreffenden Frage erstmalig völlig mit der französischen und mit der im ganzen westlichen Europa überein. Das fatale Ergebnis dieses Krieges bekräftigt natürlich diese Einstellung. Kritik an der amerikanischen Politik und auch Ablehnung bestimmter Erscheinungsformen der amerikanischen Gesellschaft sind im Grunde kein Ausdruck von Antiamerikanismus; aber auch hier, wie im Falle Israels, gilt, daß dieser sich daraus entwickeln kann. Das aber wäre offenkundig nicht nur nicht im wohlverstandenen deutschen und europäischen Interesse, sondern es wäre auch unvereinbar mit dem europäischen Grundsatz, das eigene Selbstverständnis nicht länger aus einem „anti“ heraus, weder untereinander noch gegenüber Dritten, zu definieren.

Schließlich sollte uns Deutsche auch Dankbarkeit von jeglicher Form von Feindseligkeit gegenüber Amerika abhalten, denn wengleich ein solches Gefühl keiner politischen Kategorie entstammt, so wäre ein undankbares Vergessen doch für unseren eigenen seelischen Haushalt eine schlechte Entwicklung, da wir den Amerikanern noch mehr zu verdanken haben als alle anderen Europäer. Diese Gefahr ist um so größer, als die amerikanische Politik unter Präsident George W. Bush geradezu anachronistisch-imperiale Züge angenommen hat. Die im Herbst 2005 erkennbaren Korrekturen an dieser Politik wurden erzwungen durch Mißerfolge und unüberwindliche Widerstände. Ob sie taktischer Natur sind oder in einen strategischen Wandel übergehen, hängt von der Dauer dieser beiden Faktoren ab.

Den Widerstand sollten die Europäer nicht den Chinesen und Russen überlassen und nicht auf Mißerfolge Amerikas setzen, die auch ihnen schaden. Sie müssen vielmehr mit einer Stimme sprechen und so stark werden, daß die Politik des Westens von ihnen gemeinsam mit Amerika



entworfen und durchgeführt wird. Wenn, wie im Falle des Irak-Krieges, die USA entscheiden und von den Europäern dann erwarten, daß diese einfach folgen, verstärken sich die Ressentiments der Europäer gegenüber Amerika, also die Empfindungen des Schwächeren gegenüber dem Starken. Dieses häßliche und destruktive Gefühl brauchten die Europäer nicht zu haben, denn sie besitzen zwar nicht die ungeheuren, vor allem militärischen Machtmittel der USA, aber sie haben vieles, was die Welt braucht, und ihre Unfähigkeit, andere mit Gewalt zu beherrschen, macht sie gerade in deren Augen als Partner vertrauenswürdig und interessant. Was den Europäern fehlt, ist die Einheit in ihrem Auftreten gegenüber der Welt und gerade gegenüber den USA; nur so kann auf Dauer ein Antiamerikanismus verhindert werden: Nur durch gleiche Augenhöhe, um dieses im Übermaß gebrauchte Bild hier noch einmal zu verwenden, können die Gefühle des Zurückgesetzt- und Übergangenwerdens überwunden werden.

Also, Europa als Einheit muß Partner der USA werden. Das sehen diese nicht gern, warnen doch offiziöse Papiere in Washington vor der Gefahr, ein starkes, vereintes Europa könne ein Rivale der USA werden. Und das Pochen auf Vorrangigkeit der NATO als Forum für alle sicherheitspolitischen Fragen ist konkreter Ausdruck dieser Haltung, solange hier nicht EUROPA, sondern 24 winzige, kleine und etwas größere Europäer dem Riesen Amerika gegenüber sitzen. Rivale der USA wird und will Europa nicht werden, doch richtig ist, daß sich die amerikanische Rolle gegenüber einem einigen Europa ändern würde, doch durchaus auch zu amerikanischem Nutzen.

Denn um nicht das innere Gleichgewicht zu verlieren und sich in Allmachtsphantasien zu verirren, braucht jede Macht ein Gegengewicht. Sie braucht als Gegenüber einen Partner, der in der Lage sein muß, Nein zu sagen. Im übrigen ist bei nüchterner Betrachtung unübersehbar, daß die amerikanische Macht ihren Zenit überschritten hat, denn

alle Macht ist relativ. Es wird sich zeigen, daß die USA einen stärkeren Partner brauchen, als es einzelne kleine europäische Länder sein können. An diesen selbst liegt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Vor allen materiellen und institutionellen Anstrengungen müssen sie die wechselseitigen Vorbehalte und die Ängste überwinden, die jetzt noch vor einer beherrschenden Stellung Deutschlands oder auch einer deutsch-französischen „Hegemonie“ den Hintergrund aller sicherheitspolitischen Bemühungen um eine gemeinsame europäische Position bilden. Sonst hat Amerika leichtes Spiel, wie die Irakkrieg-Krise gezeigt hat. Es half Deutschland und Frankreich nicht, daß ihre Opposition gegen die US-Pläne richtig war und von der überwältigenden Mehrheit der Bürger in allen Mitgliedsländern der EU geteilt wurde, denn deren Regierungen wollten keinen Bruch mit Amerika, weil sie Europa nicht als Gegengewicht zu Amerika, sondern Amerika leider als Gegenmacht in Europa zu Deutschland und Frankreich sahen.

Will Europa sich von Amerika emanzipieren, muß es sich zunächst von den Gespenstern der Vergangenheit und den Ängsten, die sie in der Gegenwart erzeugen, emanzipieren. Daß dabei vor allem Deutschland, aber ebenso Deutschland zusammen mit Frankreich, eine Schlüsselrolle zukommt, ist offensichtlich. Und diese schwierige Herausforderung kann man nicht so angehen, wie es in der Irakkriegskrise geschah. Es reicht nie, in der Sache Recht zu haben. Das Wie ist in der Politik beinahe so wichtig wie das Was. Der Stil ist der Mensch, sagen die Franzosen. Also ist er auch die Politik. Danach haben unsere beiden Länder nicht gehandelt. Das heißt, sie haben nicht europäisch gehandelt; auch nicht in ihrem ureigenen Interesse. Gut ist, daß Deutschland inzwischen wieder zu seiner Tradition zurückgekehrt ist.

Sich zu weigern, zwischen Amerika und Frankreich zu wählen, war immer deutsche Position und ist es zum Teil wohl noch immer. Faktisch hat das in der Vergangenheit immer dazu geführt, daß sich die ame-



rikanische Position durchgesetzt hat. Das war in der Zeit des kalten Krieges und der totalen Abhängigkeit der Bundesrepublik vom amerikanischen Schutz verständlich, obwohl die Alternative schon damals in dieser Ausschließlichkeit nicht existierte. Heute jedenfalls geht es um die Frage, ob wir das sogenannte „atlantische“ oder das „europäische“ Europa wollen, d. h. eines, in dem die USA kraft ihrer Gegenmacht-Rolle, ihrer Balance-Funktion immer mit am europäischen Tisch sitzen, wenn die Europäer in sicherheitspolitischen Fragen entscheiden, dann also kraft ihrer Macht und Größe den Ausschlag geben, oder ob wir ein Europa wollen, das sich seinen Willen in sich bildet und sich erst dann mit Amerika an den Tisch der NATO setzt. Das europäische Europa ist das zu sich selbst gekommene Europa, es ist Partner Amerikas und nicht Gefolgschaft Leistender.

Ob diese notwendige Entwicklung gelingt und wie sie gelingt, hängt wesentlich von Deutschland ab. Insofern ist auch heute wieder Deutschland der wichtigste Verbündete der USA in Europa, und deswegen – nicht aus Gründen persönlicher Art – wird es von ihm heftig umworben. Zunächst muß Deutschland wissen, was es will. Manchmal muß man wählen! Jedoch Europa wählen, heißt nicht, Amerika abwählen, sondern ein anderes Verhältnis zu ihm wählen. Soll dies gelingen, muß Deutschland seine Ängstlichkeit überwinden, jedoch ebenso einen billigen und gefährlichen antiamerikanischen Populismus. Es muß Entschlossenheit mit Behutsamkeit verbinden, um Schaden, sowohl in den transatlantischen Beziehungen als auch im innereuropäischen Geflecht zu vermeiden.

Die schwierige Entwirrbarkeit dieser beiden Sphären hat übrigens ihre Wurzeln nicht nur im politischen Bereich, sondern ist auch Folge des Umstands, daß Amerika „draußen“ und „drinnen“ zugleich ist, daß es nicht nur mit Soldaten, sondern, wichtiger noch, wirtschaftlich und vor allem durch die Anziehungskraft seiner Art zu leben, also kulturell, in

Europa mächtig präsent ist. Zwar gilt dies auch umgekehrt für Europa, doch leider mit abnehmender Tendenz. Das transatlantische Verhältnis bildet einen Sonderfall von Entgrenzung, also der Globalisierung.

Europa und die Globalisierung

Wie halten es die Europäer nun mit ihrer Zukunft, folglich mit dieser Globalisierung? Welche konkreten Folgen hat sie für die Menschen, und welche für ihr nationales und für ihr europäisches Selbstverständnis? Um sich einer ungefähren Antwort zu nähern – mehr kann es nicht sein – ist eine nähere Betrachtung der Gründe für das Nein der Franzosen und Niederländer gegen den Entwurf eines europäischen Verfassungsvertrags hilfreich, zumal es ein solches Nein auch anderswo, Deutschland eingeschlossen, hätte geben können. Niemand hat ja im Nein der Franzosen und Niederländer ein Nein gegen die konkreten Bestimmungen dieses Verfassungsvertrags oder gar gegen die europäische Einigung überhaupt sehen wollen – zu Recht; es war ein Nein gegen ein Ausufern der Entgrenzung.

Die Europäische Union ist bereits die Antwort der Europäer auf die Globalisierung. Globalisierung bedeutet Entgrenzung durch grenzüberschreitende Wirklichkeit, die in Europa besonders dicht ist, und sie bedeutet, daß der bisherige Anspruch der Staaten, innerhalb fester territorialer Grenzen allein-, letzt- und allzuständig zu sein, auf immer mehr Gebieten ausgehöhlt wird. Entgrenzung gerät schließlich zur Entstaatlichung. Deshalb ist eine gemeinsame Antwort Europas auf diese Problematik eine historische Notwendigkeit.

Die Logik der Entgrenzung gilt natürlich auch für Europa selbst. Immerhin kann es in seinem Innern den Wettbewerb gemeinsamen Regeln unterwerfen, und nach außen gewinnt es damit Handlungsmacht,



die alle seine Mitglieder als Einzelne nicht besitzen, um globale Regeln zu entwickeln, ein Wert, so wesentlich an sich wie sein Nutzen nach innen. Die WTO (Welthandelsorganisation) ist dafür ein Beispiel. Die EU ist etwas anderes als ein Staat alter Art mit seinem dreifachen Geltungsanspruch es war, den es in der EU nicht mehr gibt. Entscheidend für den Rang einer politisch verfaßten Gemeinschaft ist heute ihr Einfluß auf die Entwicklung global verbindlicher Regeln. So ist die EU zugleich bereits Teil des Globalisierungsprozesses, sogar ein besonders ausgeprägter, das sie alle nationalen Barrieren, die einer ungehinder-ten transnationalen Wirtschaftstätigkeit in ihrem eigenen Bereich entgegenstehen, beseitigt. Auf dem so entstehenden gemeinsamen Markt stehen nicht nur Unternehmen im Wettbewerb um Aufträge, sondern auch Arbeitnehmer um Arbeitsplätze, und sogar die einzelnen Nationalstaaten selbst als Standorte im Wettbewerb um Investitionen.

Die Gewinne der Unternehmen scheinen dabei unaufhaltsam zu wachsen, ihre Aktionäre immer reicher zu werden, die Arbeitsplätze und der Wohlstand ihrer Arbeitnehmer im selben Maße immer bedrohter und die Nationalstaaten dieser Entwicklung gegenüber immer hilfloser. Europa beschleunigt sie sogar. Meist übersehen wird dabei, daß auch die Unternehmen unter außerordentlichem und ständig wachsendem Druck stehen. Wenn sie nicht solche Gewinne machen wie ihre globalen Wettbewerber, werden sie aufgekauft. Allerdings kann die Kapitalseite ausweichen, Arbeitsplätze verlagern, sich die besten Bedingungen aussuchen, sich denen des Ursprungslandes entziehen, was dessen Entscheidungsmacht keineswegs nur bei der Unternehmensbesteuerung einschränkt.

Die so geweckten Ängste haben infolge der Erweiterung der EU durch Länder mit einem sehr viel niedrigeren Lohn- und Kostenniveau eine qualitative Steigerung erfahren. Symbolischer Ausdruck dafür war „der polnische Klempner“ in der französischen Referendumsdebatte.

Die Hoffnung, mittels institutionalisierter Zusammenarbeit der europäischen Staaten eine gute Balance zwischen liberaler Wirtschaftsordnung und solidarischer Gesellschaftsordnung – das ideale „europäische Modell“ also – unter Globalisierungsbedingungen zu sichern bzw. wiederherzustellen, verblaßt immer mehr, und niemand scheint den Weg zum angestrebten Ziel zu kennen. Dieses Ideal ist ein essentieller Bestandteil des europäischen Selbstverständnisses, gerade auch in Deutschland, das seine Soziale Marktwirtschaft als Mitgift nach Europa eingebracht hat. Diese Krise der sozialen Ordnung in Europa ist somit auch eine Identitätskrise.

Den meisten alten Mitgliedern fehlt es ja noch an dem Vertrauen, ihr Schicksal einer Mitentscheidung der neuen anzuvertrauen. Dieses Vertrauen aber wäre die eigentliche Grundlage der europäischen Integration. Statt dessen ist mittlerweile eine Tendenz zum Rückzug ins nationale Schneckenhaus unverkennbar, und natürlich ist sie Ausdruck von Angst und eines gewissen Schwächegefühls, also der herrschenden Grundstimmung.

Nicht nur auf die Probleme in ihrem Innern, sondern außerdem auf die Herausforderungen durch die Konkurrenz von außen, von Ländern wie China und Indien, scheint die EU keine Antwort zu haben oder keine geben zu wollen. Dasselbe gilt für den Ansturm von Menschen aus der südlichen Nachbarschaft. Migration wird nicht nur als eine wirtschaftlich-soziale Herausforderung verstanden, sondern mehr noch als eine von nationalem und gemeinsamem europäischem Selbstverständnis der Art des gesellschaftlichen Zusammenlebens. So sehen immer mehr Menschen den Anspruch Europas, Antwort auf die Globalisierung zu sein, nicht in aktiver Anpassung an diese, sondern im Schutz vor ihr. Hier liegt die entscheidende Kernfrage, nicht nur für Europa.



Europa als Teil der Globalisierung hat auch Teil an deren Problemen, und zwar an allen Problemen der Entgrenzung. Entgrenzung bedeutet mehr Freiheit, aber auch weniger Sicherheit, heißt mehr Wettbewerb, aber auch mehr Ungleichheit, läßt weniger Zusammenarbeit innerhalb der Nationen befürchten, und zwischen ihnen droht dasselbe, um so mehr, je weniger nahe sie sich fühlen.

Natürlich ist die hier entworfene Sicht der Dinge zu allgemein, um im einzelnen die unterschiedliche Situation und Stimmung in den Mitgliedsstaaten zu erfassen. Dort, wo die Menschen Hoffnungen mit Europa verbinden, weil es „aufwärts“ geht, wie etwa in Spanien, überwiegt noch eine positive Einstellung.

In Großbritannien und in den skandinavischen Ländern herrschen eher Vorbehalte gegen Europa; sie sind historisch bedingt. Doch auch hier ist die Angst vor einem Identitätsverlust das Zentrum der Abwehr. In den neuen ostmitteleuropäischen Mitgliedsländern verbinden sich die Vorbehalte mit tiefen Verunsicherungen und Ängsten als Folge des fundamentalen Umbruchs aller politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse von einem totalitären System in ein demokratisches. Daraus ergibt sich eine sehr unterschiedliche Perspektive. Von diesen Ländern hat André Plecu, der rumänische Intellektuelle und frühere Außenminister gesagt: „Wenn wir Osteuropäer von Europa reden, meinen wir die Vergangenheit, wenn die Westeuropäer dies tun, meinen sie die Zukunft.“ Nicht so sehr der wirtschaftliche Unterschied zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil der Union, sondern deren Ungleichzeitigkeit ist das entscheidende Ost-West-Problem Europas.

Die neuen Mitglieder sind gerade zu diesem historischen Punkt ihrer Entwicklung alle erfüllt von der Sehnsucht, ihre nationale Souveränität und Identität wiederherzustellen, denn beide sind von Deutschland, oft gemeinsam mit Rußland, über Jahrhunderte unterdrückt und bedroht



worden. Die Debatte über das eigene Verhalten in der Zeit des Kommunismus und zuvor während der nationalsozialistischen Herrschaft und unmittelbar danach beschäftigt diese Völker und ihre Politik fast vorrangig, und so bleibt das Verhältnis zu Deutschland, wie auch das zur europäischen Orientierung insgesamt anfällig für Mißverständnisse.

Das konkrete Ergebnis der europäischen Krise ist die Forderung nach einer dreifachen Begrenzung der Entgrenzung: Im Innern der EU (Beispiel Dienstleistungsrichtlinie) – dann gegenüber weiteren Erweiterungen (Beispiel Türkei) – schließlich gegenüber der übrigen Welt (Beispiel Textilien aus China, Beispiel Migranten). Das Motto: Mehr Verslossenheit statt mehr Offenheit, und mehr Sicherheit statt mehr Freiheit.

Grenzen der Politik und der Identität

Aus diesem Sachstand ergibt sich die Frage: Wie und wieweit begrenzt die Entgrenzung, also die Globalisierung, die Politik?

Die Alternative lautet: Politisches Europa versus Markt-Europa, so hört man es deutlich in Frankreich und etwas weniger klar auch in Deutschland und anderswo in der EU. Das klingt überzeugend. Doch wenn der Markt – etwa der Arbeitsmarkt – die transnationale, nicht mehr begrenzte Wirklichkeit bereits ist, dann sind politische Entscheidungen mit räumlich begrenztem Geltungsanspruch obsolet, wenn sie diese Wirklichkeit negieren. Bleibt also nur die erzwungene Anpassung an die Globalisierung, und bedeutet das demnach ein Kapitulieren der Politik? Oder bedeutet es für die Politik nicht weiterhin Freiheit, Freiheit, verstanden als „Einsicht in die Notwendigkeit“, also die Erkenntnis, die Anerkennung und schließlich das Wollen dessen, was man muß? Nur dann läßt es sich gestalten.



Lassen sich Grenzen in Europa und weltweit mindestens vorübergehend aufrechterhalten oder gar neue einziehen? Könnten sie Schutz gewähren zumindest so lange, bis die neuen Wettbewerber das Kosten- und Lohnniveau der alten annähernd erreicht haben? Ab wann aber würde dieser Aufholprozeß dadurch so stark behindert und verlängert, daß der Preis für die Errichtung solcher Barrieren für beide Seiten zu hoch geriete? Gilt als Prinzip: Jeder ist sich selbst der Nächste? Hat alle Sicherheit ein Ende, wenn nur noch befristete Arbeitsverhältnisse in wechselnden Jobs sich abwechseln mit Zeiten der Arbeitslosigkeit, und so jegliche Vorhersehbarkeit und Planbarkeit des Lebens der Vergangenheit angehören?

Drängt sich am Ende aller Fragen nach dem sozialen Europa die Erkenntnis auf, daß die wirklich allein entscheidende und der Politik verbleibende Aufgabe die Befähigung der Menschen ist, im globalen Wettbewerb zu bestehen, sie bestausgerüstet in die Freiheit zu entlassen, zumal die Entgrenzung auf diesem Sektor einem wirkungsvollen Handeln der Staaten kein Hindernis entgegensetzt? Wie aber steht es mit den nicht oder nur unzulänglich Qualifizierungsfähigen, deren Anzahl angesichts der immer schneller wachsenden Anforderungen beträchtlich steigen wird?

In diesem Zusammenhang: In welcher Beziehung überhaupt stehen Globalisierung und das Phänomen Beschleunigung? Führt die Beschleunigung durch den technologischen Fortschritt nicht bereits seit mehr als 150 Jahren ebenso wie die Globalisierung zum Verlust von Arbeitsplätzen wie gleichzeitig zur Schaffung von neuen, und wie lautet hier die Bilanz?

Läßt sich „sozial“ in der einen Welt noch national definieren, oder geht es um globale Umverteilung? Ist „Gerechtigkeit, [...] das innere Maß aller Politik“ (Benedikt XVI.), eher eine Frage der Fähigkeit einer poli-

tischen Ordnung, (wachsende) Ungleichheit zu rechtfertigen, indem sie auch den Schwachen eine Chance gibt (John Rawls, Gerechtigkeit als Fairneß)? Muß dieser Begriff etwa neu definiert werden?

Nicht alle diese Fragen können hier beantwortet werden. Daß sie so zugespitzt gestellt werden, soll den grundsätzlichen Charakter der Probleme zeigen, vor denen die Völker Europas stehen; und die Antworten müssen von einer Erkenntnis ausgehen, die grundlegender nicht sein kann: Die Globalisierung ist nichts weniger als das Ergebnis des gesamten Entwicklungs- und Zivilisationsprozesses der Menschheit. Dabei hat die Zahl der Menschen immer schneller zugenommen; in diesen Jahrzehnten überschreitet sie ihren höchsten Punkt. Die letzte Phase dieser Entwicklung ist vor 600 Jahren von der europäischen Ausbreitung eingeleitet worden, und ihre heutige Gestalt ist das Ergebnis der technologischen Zivilisation, die sie erfunden hat, mit all ihren Möglichkeiten von Transport und Kommunikation, materieller Einheit also.

Gegen diese überwältigende Wirklichkeit anzurennen, wäre bloßer Voluntarismus, folglich ein Scheitern, während sie anzuerkennen die Chance bietet, diese Wirklichkeit zu gestalten. Manche Debatten in Deutschland und anderswo in Europa erwecken den Eindruck, von dieser Erkenntnis noch weit entfernt zu sein: Das niemals überholte, alte Ziel Gerechtigkeit mit alten, jedoch überholten Mitteln herzustellen, ist unmöglich.

Auch auf die Forderung, Europa endlich Grenzen zu geben, die Erweiterung mindestens vorläufig zu stoppen, kann nur kurz eingegangen werden. Hierbei handelt es sich nicht nur, und nicht einmal in erster Linie, um ein institutionelles Problem. Die Integrationsfähigkeit der EU ist vielmehr begrenzt durch die Identifikationsfähigkeit der Menschen mit dem ständig wachsenden Europa. Doch das gilt schon für die heutige Union, und einem Aufnahmestopp stehen, abgesehen von vertrag-



lichen Verpflichtungen, wie im Falle Rumäniens und Bulgariens, fundamentale Interessen nicht nur der Beitrittskandidaten, sondern auch der heutigen EU und aller ihrer Mitglieder ebenso entgegen, wie Gerechtigkeitsempfindungen.

Das Angebot privilegierter Partnerschaft für die Türkei kann dann zur Geltung kommen, wenn diese selbst zu der Erkenntnis gelangt, daß diese Lösung für sie die bessere sei. Aber mit oder ohne Türkei ist das große Europa mit bald dreißig Mitgliedern eben nicht geschlossen genug, um auch das starke Europa zu sein. Es muß einen festen Kern geben, mit dem sich die Bürger voll identifizieren, der gegenüber der übrigen Welt geschlossen auftritt und für das ganze Europa als Gravitationszentrum wirkt. Wer Europa mit allen Konsequenzen will, muß den Kern wollen.

Das Thema „Nation – Europa – Zukunft“ zwingt dazu, der Frage, welche Folgen die Globalisierung für das Selbstverständnis einer politisch verfaßten Gemeinschaft hat, eingehend und vom Grundsätzlichen her nachzugehen.

Feste territoriale Grenzen bilden nicht nur das Grundprinzip der Machtorganisation des Staates, sie sind auch ein konstitutives Element für das Bewußtsein der Bürger von sich als Gemeinschaft, in der Unterscheidung von den anderen, von denen drinnen und denen draußen, für das Wir-Bewußtsein, also für Identität. Wenn Grenzen für alle Lebensbereiche immer durchlässiger werden und sich zudem auch noch ständig, wie im Falle der EU, ändern, entstehen tiefe Probleme der Identität und der Identifizierung, zumal wenn dies mit der immer größer werdenden Schnelligkeit geschieht, die heute das Leben generell bestimmt. Dann werden nur noch die Nachteile und Gefahren der Entgrenzung wahrgenommen, und nicht mehr ihre Gewinne und Chancen, sondern nur noch



die Folgen für das Eigene und nicht mehr für das Ganze und somit alle anderen.

Welche Folgen ergeben sich also aus dieser Entwicklung speziell für den Nationalstaat?

„Der Nationalstaat ist nicht das Ziel der Geschichte“, sagte bereits der Franzose(!) Raymond Aron. Aber er wußte auch, daß der Nationalstaat nicht nur eine Organisationsform von Politik, sondern eine Lebensform ist, die Art, in der sich ein Volk politisch, sozial und kulturell eingerichtet hat. Wie sich dessen Selbstverständnis entwickelt, wenn diese Institution ihren Sinn nicht mehr erfüllen kann, läßt sich nur vorläufig beantworten.

Vielleicht kann ein Blick in die deutsche Geschichte einen Hinweis geben: Zur Zeit einer weltweiten Ausstrahlung der deutschen Kultur im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die Deutschen nur vom lockeren Band des Reiches geeint und eben nicht von einem gemeinsamen Nationalstaat; sie bildeten keine „état-nation“, sondern eine „Kulturnation“, auch im eigenen Selbstverständnis. Ohne einer Überbewertung geschichtlicher Analogien zu verfallen, darf festgestellt werden, daß das Selbstverständnis eines Volkes auch ohne einen gemeinsamen Nationalstaat einmal möglich gewesen ist.

Eine weitere Erinnerung mag hilfreich sein: Von den beiden Grundaufgaben eines Staates, der Gewährleistung der inneren und der äußeren Sicherheit, konnten die Deutschen, wie alle Europäer seit 1945, die zweite nicht länger aus eigener Kraft bewältigen, sondern nur im Verbund und durch den Beistand Amerikas. Souveräne Letztentscheidungen fielen demgemäß den USA zu, ein Faktum, das den Deutschen sehr bewußt war; und manche haben manchmal dagegen aufbegehrt. Die erwähnten Umfragen zu Europa, die eine konstante Forderung nach einer gemein-



samen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergaben, zeigen, daß die Bürger eine derartige Souveränitätsbeschränkung heute als unerlässlich ansehen und akzeptieren. Ein derartiger Souveränitätsverzicht ist ihnen weniger wichtig als Selbstbestimmung in und durch Europa.

Eine dritte Erfahrung ist das Akzeptieren übernationaler europäischer Entscheidungen, das manchmal wegen übermäßiger Bürokratisierung mit einem gewissen Murren einhergeht, nicht aber, weil sie von Europa kommen. Bezeichnenderweise machen die Bürger von dem Recht auf Individualklagen vor dem EuGH Gebrauch; als dieser zugunsten einer deutschen Klägerin auf das Recht von Frauen zum Dienst in der Bundeswehr erkannte, erhob sich kein Protestgeschrei, nicht einmal auf der politischen Bühne, obwohl es sich dabei doch um eine Frage aus dem souveränen Intimbereich des Staates handelte.

Der Nationalstaat wird nun nicht einfach verschwinden, jedenfalls auf absehbare Zeit nicht. Er hat jedoch seine Gestalt bereits erheblich verändert und wird dies weiterhin tun: Formal ist er nur auf wenigen Gebieten nicht mehr zuständig; aber da, wo er es ist, ist er nicht frei in seinen Entscheidungen, sondern gebunden durch internationale Absprachen, Vereinbarungen und Verträge, eben immer mehr supranationale Wirklichkeit. Niemand sieht in ihm mehr die „Inkarnation des Weltgeistes“, sondern nur den Mitspieler auf internationaler und vor allem europäischer Ebene. Pessimistische Gegner der Globalisierung – jedenfalls die „Windmühlenritter“ unter ihnen – sehen ihn als bloßen „Agenten des globalen Markts“.

Wenn es also immer wichtiger ist, welchen Einfluß der verbleibende Nationalstaat auf Entscheidungen übernationaler Ebenen ausübt, wird er bei seinen Bürgern um so größere Zustimmung finden, je erfolgreicher er dabei ist, sich innerhalb Europas abzustimmen und für seine Anliegen Mehrheiten zu finden. Denn die Bürger wissen um die Notwendig-

keit von europäischer Solidarität und der Unerläßlichkeit von Kompromissen, weil Deutschland letztlich nur erfolgreich sein kann, wenn alle Europäer erfolgreich sind.

Wie sehr sich das Verhältnis der Bürger zum Staat und zur Nation als Erfahrungsgemeinschaft bereits verändert hat, zeigen deutlich transnationale Gemeinschaften der Wirtschaft und der Wissenschaft, auch nichtstaatliche transnationale Organisationen, die bezeichnenderweise „Nichtregierungsorganisationen“ genannt werden. Deren Mitglieder zeichnen sich durch eine auf eine Sache gerichtete übernationale Zusammenarbeit, einen starken Zusammenhalt und wechselseitige Loyalität aus, die allerdings nicht immer in einem spannungsfreien Verhältnis zur Loyalität gegenüber ihrem jeweiligen Nationalstaat steht. Fast erinnern diese Gemeinschaften an die Personenverbände des Mittelalters und sind zugleich erste konkrete Erscheinungsformen einer Weltgesellschaft. Daß sie den Staat einem wachsenden Wettbewerbs- und Kooperationsdruck aussetzen, kommt ihm letztlich zugute. In diesem Prozeß dürfen die Möglichkeiten der zeitgleichen, weltweiten Kommunikation durch das Internet, von einer stetig wachsenden Zahl von Menschen genutzt, nicht gering bewertet werden. Zwar schaffen sie nicht schon Gemeinschaft, wohl aber bereits ein Weltbewußtsein.

Eine besondere und äußerst gefährliche Gestalt allerdings hat die Globalisierung im transnationalen Terrorismus angenommen. Er ist eine Reaktion auf den von ihr ausgehenden Modernisierungsdruck in traditionalistischen Gesellschaften und bedient sich zugleich der Möglichkeiten der Globalisierung. Er geht einher mit einer Re-Privatisierung der Gewalt, einer Re-Ideologisierung der Auseinandersetzungen und einer Entrechtlichung der Gewaltanwendung, also mit einem Verlust jener Errungenschaften, welche die Europäer aus den furchtbaren Erfahrungen des Dreißigjährigen Krieges mühsam genug und beschränkt auch nur auf ihre Kriege untereinander gemacht hatten. Der Westen hat



auf diese neue Form asymmetrischer Kriegsführung noch keine überzeugende Antwort über Gegengewalt hinaus gefunden, und besonders die USA laufen Gefahr, in die „Ideologisierungsfalle“ der Terroristen zu geraten und auf solche Weise, die von den Terroristen angegriffenen westlichen Werte selber zu gefährden.

Dieser zweifelsfrei gravierendsten Gefährdung der inneren Sicherheit, die von außen kommt, kann wiederum ausschließlich in supranationaler Zusammenarbeit begegnet werden, die deshalb noch erheblich weiter gehen muß als bisher. Damit aber ändert sich auf dem zweiten Hoheitsfeld des Nationalstaats dessen Kompetenz und in der Folge das Verhältnis seiner Bürger zu ihm.

Eine weitere, markante Erscheinung der Entgrenzung ist die Migration. Sie vor allem beunruhigt jene Bürger, die sich in ihrer sozialen Existenz durch die Globalisierung bedroht sehen. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß Deutschland bzw. Europa den Zufluß von Menschen braucht, allerdings von gut ausgebildeten und anpassungswilligen und anpassungsfähigen. Derart zielgerichtet läßt sich Zuwanderung jedoch offensichtlich nicht steuern und begrenzen.

Neben Maßnahmen, die diesem Zweck dienen, ist die Integrierung der Zugewanderten eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen, der sich alle, auch die Deutschen, stellen müssen. Das hat die Politik sehr spät begriffen, aber wohl noch nicht zu spät. Ob wir uns dieser Aufgabe gewachsen zeigen werden, hängt letztlich von der Selbstsicherheit ab, mit der wir sie angehen; und deshalb ist von allen Eliten des Landes zu vermitteln: Wer stark ist, kann offen sein!

Natürlich können die Europäer auch dieser Herausforderung, der Migration, nur gemeinsam begegnen, und Abwehr allein brächte dabei keinen Erfolg. Nur der von Europa von Jean Monet formulierte „Beitrag

zu einer besseren Welt“ vermag das Problem zu lösen, und zwar nur in lang angedachten Zeiträumen, in denen die Deutschen nicht vergessen, wie andere ihnen halfen, als sie in tiefster Not waren. Ihre bemerkenswert große Bereitschaft, für Menschen in aller Welt zu spenden, läßt hoffen.

Migration, transnationaler Tourismus und internationale Arbeitsplatz-Konkurrenz fördern eine Tendenz zum Rückzug ins nationale Schneckenhaus, einer Illusion also. Die Chancen zur Zusammenarbeit und zum Austausch mit Menschen aus aller Welt, zu einem durch ihn angelegten grenzenlosen Erleben, zum Erwerb von Waren wie Dienstleistungen aus aller Herren Länder zu niedrigsten Preisen fördern andererseits die Offenheit.

In diesem Zwiespalt sucht eine große, wachsende Zahl von Menschen, Halt in ihrer angestammten Heimat zu finden. Eine unüberschaubare Menge örtlicher und regionaler Institutionen ist Ausdruck dieser Bewegung. Fast jedes Dorf besitzt heute ein lokales Museum, von seinen Bürgern in eigener Regie und Arbeit erstellt. Man darf dies nicht als Heimattümelei abtun. Ein bewußtes Bekenntnis zu den Wurzeln der eigenen Existenz in überschaubarem Raum vermag tatsächlich einen gewissen Halt zu geben in der einen großen und verwirrenden Welt. Auch zeigt sich ein wachsendes bürgerschaftliches Engagement auf regionaler und lokaler Ebene, wenn es gilt, sozialen Nöten oder Herausforderungen zu begegnen. Bei näherem Hinsehen gibt es viele wegweisende Vereinbarungen zwischen Unternehmensleitungen und Betriebsräten, um Arbeitsplätze zu sichern und Folgen unvermeidlichen Abbaus erträglich zu gestalten.

Das sind konkrete und ermutigende Antworten auf die Globalisierung, die erkennen lassen, daß es nicht, oder jedenfalls nicht in erster Linie an den Bürgern liegt, wenn die Politik sich mit den Reformen zur



Anpassung an die Globalisierung schwer tut, und dies erlaubt eine gewisse Zuversicht. Diese erforderlichen Reformen bilden eine enorme Herausforderung für die Demokratie und in Deutschland speziell für die beiden großen Volksparteien, die die verschiedensten Schichten der Gesellschaft und ihre Interessen in sich bündeln und damit bisher maßgeblich zum Erfolg der deutschen Nachkriegsdemokratie beigetragen haben. Und wenn deren Zusammenarbeit in der großen Koalition keine überzeugenden Antworten auf die Zwänge der Globalisierung zu geben vermag, wird die deutsche Demokratie vermutlich anders aussehen als bisher und in näherer Zukunft nicht eben besser.

Vom Gelingen dieser Reformen hängt alles ab: die Zustimmung der Bürger zu ihrem Staat und ihre Zustimmung zu Europa, die Befähigung Deutschlands, gemeinsam mit anderen zu führen, die Fähigkeit, sich der Welt so zuzuwenden, wie diese sowohl wie die eigenen Interessen es erfordern. Wie aber soll ein Land solche Aufgaben bewältigen, dessen Staatsausgaben für Auswärtige Zwecke seit 1989 um ein Zehntel gesunken sind auf nunmehr weniger als zwölf Prozent, während seine Ausgaben für soziale Zwecke und den Schuldendienst mittlerweile zwei Drittel seines Gesamtvolumens ausmachen? Da ist es nicht mit Pragmatismus allein getan; diese Lage schreit vielmehr nach einer durchdachten Vision einer besseren Welt, die Deutsche wie alle Europäer konkret vormachen und vorleben müssen, auch, um damit den anderen in der Welt zu helfen, dieser besseren Welt näherzukommen; sie verlangt unbedingt nach einer genauen Vorstellung, wie ein Volk unter den Bedingungen der Einen Welt die alten Ideale von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit verwirklichen kann, wie es ein neues Gleichgewicht von liberaler Wirtschaft und solidarischer Gesellschaftsordnung herstellen kann, und schließlich, wie es diese Werte auf die internationale Gesellschaft übertragen kann.



Europa hat die Welt zu dem gemacht, was sie heute ist: Eine Welt. Europas Lebensart, seine technologische Zivilisation, auf der seine Macht beruhte, haben alle übernommen. Auch seine Art der politischen Organisation und der kollektiven Lebensgestaltung, der Nationalstaat, ist weltweit zum Modell geworden. Die grenzüberschreitende Wirklichkeit aber zwingt zu neuen Formen der Politikgestaltung, und hier ist Europa wiederum Vorbild – das einzige. Die genannten Gründe für seine einstmalige Weltgeltung sind im Schwinden begriffen, sei es, daß Amerika sie überholt hat, sei es, daß die anderen immer schneller aufholen. Europas Wirkung und Stärke beruht auf seiner Modernität transnationaler Politikgestaltung, also auf dem, wessen die ganze Welt zum Überleben bedarf: Das ist seine Mission!

In diesem Europa haben die Deutschen nach langen Wirren und furchtbaren Katastrophen ihren Platz als ruhige Mitte gefunden. Und in ihrem elementaren Interesse liegt es, dieses Europa weiterhin zu stärken.